Lübecker Volksbote.

Organ für die Interessen der werktätigen Bevölkerung.

Mit der illustrierten Beilage „Die Neue Welt“ und einer wöchentlichen Unterhaltungsbeilage.

Der „Lübecker Volksbote“ erscheint täglich nachmittags (außer an Sonn- und Festtagen) und ist durch die Expedition, Johannisstraße 46, und die Post zu beziehen. — Der Abonnementspreis beträgt vierteljährlich 2.00 Mark, monatlich 70 Pfennig.

Redaktion u. Geschäftsstelle: Johannisstraße Nr. 46.

Fernsprecher: Nr. 926.

Die Anzeigengebühr beträgt für die fünfgespaltene Petitzeile oder deren Raum 20 Pfg., Versammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen 10 Pfg., auswärtige Anzeigen 30 Pfg. — Inserate für die nächste Nummer müssen bis 9 Uhr vormittags, größere früher, i der Expedition abgegeben werden.

Nr. 130. Freitag, den 6. Juni 1913. 20. Jahrg.

Hierzu 2 Beilagen und „Die Neue Welt“

Die preußische Misere.

Die Posse, die man in Preußen Wählen nennt, ist in der Hauptsache durch die Abgeordnetenwahl am Dienstag abgeschlossen. Niemand fühlt sich auf dieser rohgezimmerten Bühne der Dreiklassenschmach wohl, außer den agrarischen „Rüpeln“, um mit Shakespeare zu sprechen. Sie werden ihre Radauszenen wieder fünf Jahre lang auf diesen schwanken Brettern, die für sie die Welt bedeuten, aufführen und das Steuerrad wird in Preußen weiter rückwärts gedreht werden. Zwar sind die Konservativen die einzigen, die verloren haben. Von den als endgültig gewählt bekannt gewordenen Abgeordneten haben sie gegen die letzte Legislaturperiode 14 verloren, während die Fortschrittler 2, die Sozialdemokraten 4 und die Nationalliberalen 7 gewannen. Und die Linke kann aus den noch ausstehenden Wahlen und Stichwahlen wahrscheinlich noch einige weitere Eroberungen buchen. Aber was will das heißen? Es ist ja gerade das Fürchterliche dieses schmutzigen Wahlsystems, daß es den tiefen Groll und den ehrlichen Zorn der Volksmassen so abschwächt und umbiegt. Nur das eine ist sicher: daß der Haß und die Verachtung für diese wichtigste aller preußischen Staatseinrichtungen in der Mehrzahl der Wähler durch diese neue Probe ins Unendliche gesteigert und erhöht sind. Achtzig Prozent der preußischen Bevölkerung fluchen jetzt doppelt laut einem Wahlsystem, das alle Anstrengungen der entrechteten Massen, zur Geltung zu kommen, zunichte macht.

Im einzelnen zeigte die Abgeordnetenwahl insofern ein paar Lichtpunkte, als in allerletzter Stunde noch eine gewisse Verständigung zwischen Fortschritt und Sozialdemokratie zustande kam. Man half sich gegenseitig in acht Wahlkreisen. So wurden die drei neuen sozialdemokratischen Sitze in Niederbarnim gewonnen und die zwei fortschrittlichen Mandate in Breslau erobert. Die Sozialdemokratie war dabei wieder einmal die bei weitem tätigere Partei. Sie griff in der größeren Anzahl von Wahlkreisen für die Fortschrittler ein, und sie leistete aktive Hilfe dadurch, daß ihre Wahlmänner direkt für die Volkspartei stimmten, während uns die Freisinnigen mit Erfolg nur in dem einen Brandenburger Wahlkreis unterstützten und dort lediglich durch das Fernbleiben ihrer Wahlmänner; für uns zu stimmen, das durfte man von den Herren gar nicht verlangen und erwarten. Aber sie widerstanden wenigstens der konservativen Versuchung, die alles opfern wollte, selbst konservative Wahlmännerstimmen, um den Sieg der drei Sozialdemokraten zu verhindern. Freisinnige Führer haben vorher gestanden, daß mit ihren Landtagswählern in Preußen mehr nicht zu leisten sei. Das sei auch der Grund gewesen, weshalb man nicht schon für die Wahlmännerwahlen zu einer Verabredung hätte kommen können. Wäre sie zustande gekommen, so wäre der Gewinn der Linken leicht dreifach so hoch gewesen, als jetzt, meint das „Berl. Tagebl.“. Aber auch dann hätte er die Mehrheitsverhältnisse noch nicht verschoben. Das freisinnige Bürgertum hätte nur größeres politisches Verständnis gezeigt und die Bahn für eine Wahlreform freier machen helfen. Das wollte es aber ernstlich nicht. Bleibt es doch auch so bezeichnend wie möglich, daß der Zuwachs der Nationalliberalen wesentlich dem rechten Flügel dieser Schwankpartei zugute kommt. Unter solchen Umständen sind die Aussichten auf ein wirksames Zusammengehen der gesamten Linken beim nächsten Male nicht übermäßig gestiegen.

Die preußischen Arbeiter müssen sich für nahezu eine Million Urwählerstimmen mit zehn Vertretern abspeisen lassen. Das sind die fünf alten Berliner Wahlkreise, die wir schon zuletzt besessen haben, das ist der Rixdorfer, den Genosse Hue gewonnen hat, das sind die drei Barnimer Mandate, die den Genossen Hofer, Braun und Haenisch zufielen, sowie endlich der Sitz in Hannover-Linden, den Genosse Leinert glänzend behauptete, trotzdem sich dort das Zentrum bis auf die Knochen blamierte und einen bürgerlichen Fabrikdirektor gegen den Arbeiterkandidaten unterstützte. Die allerchristlichste Tat wird dem deutschen Proletariat in lebhafter Erinnerung bleiben, auch wenn sie die erhoffte Niedertracht nicht zeitigte. Unsere preußische Landtagsfraktion erwirbt also durch die Neuwahlen einige sehr erprobte und sachverständige Kämpfer. Genosse Hofer ist einer der beiden ostpreußischen Großgrundbesitzer, die die Begeisterung und der klare Kopf zu uns geführt haben und der den brutalen Agrariern besonders unangenehm sein dürfte, weil sein Beispiel zeigt, daß man als Landwirt nicht notwendig Lebensmittelwucherer und Volksfeind sein muß. Genosse Hue aber ist ein trefflicher Kenner der preußischen Bergwerks- und Industrieverhältnisse, der Syndikate und der übermächtigen Unternehmerorganisationen. Er wird den preußischen Verfertigern „weißer Salben“ für den Arbeiterschutz und den scharfmacherischen Ministerstürzern ein unbarmherziger Kritiker werden.

Wie aber nunmehr aus der preußischen Misere herauskommen, nachdem auch diese Wahl die Junkerherrschaft in der Monarchie und im Reich so gut wie unerschüttert gelassen hat? Nun, es gibt eben für politische Krankheiten so wenig Universalmittel, wie für körperliche oder geistige. Wie skeptisch wir über die Möglichkeit wirksameren Zusammengehens mit den Fortschrittlern denken, wurde oben schon gesagt und begründet. Trotzdem soll auch dieser Hebel nicht unbenutzt liegen bleiben, wenn die Fortschrittler aus dieser Wahl und aus ihrem überaus mageren Mandatsgewinn gelernt haben sollten. Daneben setzen die Massen ihre Hoffnung auf den Reichstag und auf die steigende Macht unserer Fraktion im deutschen Volksparlament mit dem allgemeinen Wahlrecht. So gut die Reichslande ein demokratisches Wahlrecht aus den Händen des Reichstags empfingen, so gut muß es möglich werden, mit der ganzen Wucht unserer Fraktionsstärke dort auch auf die freilich viel schwierigeren preußischen Verhältnisse einzuwirken. Letzten Endes hängt aber natürlich alles von den Massen selbst ab. Sie müssen in Preußen auch politisch noch viel begehrlicher werden. Die nächsten fünf Jahre preußischer Landtagstätigkeit werden ihnen guten Unterricht darin geben. Wirkt dieser Unterricht und steigert er die Kraft des politischen Wollens der Arbeiterschaft außerhalb des Parlaments bis zu jener Glühhitze, der kein Opfer für die Wiedergeburt Preußens und die Abschüttelung des Junkerjochs zu hoch ist, dann wird die preußische Misere doch nur noch eine Galgenfrist gewonnen haben.

Politische Rundschau

Deutschland.

Männermut vor Fürstenkronen.

Ueber eine geheime Sitzung der Breslauer Stadtverordneten, in der über die Jubiläumsspende für den Kaiser beraten wurde, hatte die „Schles. Volkszeitung“, das führende Zentrumsorgan Schlesiens geschrieben: „Die Summe von 100 000 Mark aber, die dem Kaiser nach dem Magistratsantrage zur freien Verfügung gestellt werden sollte, wurde von dem größten Teil der Freisinnigen und sämtlichen Sozialdemokraten, also der liberal-sozialdemokratischen Mehrheit, gegen die Stimmen der Freien Vereinigung und eines Teiles der Freisinnigen, abgelehnt. Die 1900 Mark für die Adresse wurden gegen die Stimmen der Sozialdemokratie bewilligt.“

Hierauf hatte die „Breslauer Ztg.“ umgehend eine Richtigstellung veröffentlicht, in der sie einerseits feststellte, daß auch ein Teil der rechtsstehenden Stadtverordneten gegen die Bewilligung der 100 000 Mark gestimmt habe, und andererseits gegen den Versuch des klerikalen Blattes protestierte, das Abstimmungsergebnis politisch auszuschlachten. Von dieser Richtigstellung nahm die „Schlesische Volkszeitung“ Notiz und veröffentlichte dazu eine ziemlich langatmige Darstellung des ganzen Vorganges, sofern er sich vor den Kulissen der geheimen Sitzung abgespielt hat. Daß sich dagegen hinter den Kulissen ganz andere Dinge ereignet haben, erfährt man aus einem Artikel der „Volkswacht“, in dem es heißt: „Angesichts der unverschämten Verschleierung der Tatsachen stehen wir nicht an, mitzuteilen, daß ein führendes Mitglied der Rechten an die sozialdemokratische Fraktion herantrat und ersuchte, es bei der geheimen Sitzung zu belassen, denn in der geheimen Sitzung würde ein Teil der Rechten gegen die 100 000 Mark stimmen, in der öffentlichen aber nicht.“

Also die Biedermänner von der Rechten hatten auch ihre Bedenken, einfach hunderttausend Mark Steuergelder zu verschenken; aber nur unter der Sicherheit einer geheimen Sitzung getrauten sie sich, dieser Ansicht entsprechend zu stimmen. In der Oeffentlichkeit wollten sie wider bessere Ueberzeugung für das Geschenk stimmen.

Mannesseelen!

Die Angst vor der „Volksfürsorge“.

Im „Tag“ hatte vor einigen Tagen Richard Nordhausen die „Volksfürsorge“ nach seiner Art recht günstig beurteilt. Er glaubt nämlich, daß diese neueste Einrichtung der organisierten Arbeiterschaft zur Mauserung der Sozialdemokratie beitragen werde. Dieser Ansicht tritt nun die „Kreuzzeitung“ vom Mittwoch in einem längeren Artikel entgegen, in welchem gleichzeitig bekundet wird, wie sehr den Arbeiterfeinden die „Volksfürsorge“ verhaßt ist. Das preußische Junkerblatt schreibt u. a.:

„In der Tat ist das Ziel der sozialdemokratischen Genossenschaftsbewegung: die wirtschaftliche Lahmlegung des Kapitalismus. Durch die genossenschaftliche Organisation des Konsums soll der kapitalistische Gewerbebetrieb überwunden, durch die „Volksfürsorge“ sollen die Spargelder aus den kapitalistischen Kassen und Unternehmungen herausgezogen, und durch das rot-genossenschaftliche Wohnungswesen sollen die Arbeiter in die volle sozialdemokratische Abhängigkeit gebracht werden. Wie „Genosse“ von Elm nämlich hervorgehoben hat, gedenkt die Gesellschaft „Volksfürsorge“ die Gelder, die sie einnimmt, in erster Linie für den genossenschaftlichen Wohnungsbau zu verwenden. Daß dabei bürgerliche Baugenossenschaften nicht in Betracht kommen werden, kann man sich denken. Die Neutralität der roten Genossenschaften wie auch der „Volksfürsorge“ besteht ja eben darin, daß unter dieser Deckflagge für die Sozialdemokratie und für deren „Befreiungskampf zur Erlösung des Proletariats aus der Herrschaft des Kapitalismus“ gearbeitet wird. Es kann mithin einem Zweifel nicht unterliegen, daß die rote „Volksfürsorge“ keine Stütze, sondern eine neue Gefahr für unsere Gesellschaftsordnung darstellt. . . . Wer auch dann noch mit Mauserungshoffnungen sich zu beruhigen trachtet, der möge daran erinnert werden, daß die Sozialdemokratie ausgesprochenermaßen danach strebt, auch zur finanziellen Großmacht sich auszuwachsen. Dann könnte sie allerdings auch das Risiko eines Generalstreiks, den bekanntlich gerade die „entscheidende Dogmen“ verleugnenden Revisionisten empfehlen, auf sich nehmen.“

Am Schluß des Artikels wird dann noch die „Aufklärung“ über die „Volksfürsorge“ als eine Aufgabe bezeichnet, der sich auch die Reichs- und Staatsleitung nicht entziehen sollte.

Das Gejammer und die Denunziation der Scharfmacherblätter vom Schlage der „Kreuzzeitung“ zeigen den Arbeitern, daß sie auch mit der „Volksfürsorge“ auf dem rechten Wege sind. Je heftiger das Geschrei, umsomehr sollte auch für die „Volksfürsoge“ agitiert werden.

Eine Wohnungsdebatte

größeren Stils wurde im württembergischen Landtag durch den sozialdemokratischen Antrag heraufbeschworen, der ein Eintreten der Regierung im Bundesrat für ein Reichswohnungsgesetz und die Errichtung eines staatlichen Wohnungsfürsorgefonds zur Gewährung von Kredithilfe für den Kleinwohnungsbau fordert. Genosse Dr. Lindemann rollte in einer umfassenden sachkundigen Rede das Wohnungsproblem nach allen Richtungen auf. Was die Gegner zu den sozialdemokratischen Forderungen zu sagen hatten, war ganz belanglos. Der sozialdemokratische Antrag wurde in dem Teil, der die Regierung auffordert, für ein Reichswohnungsgesetz einzutreten, sofort gegen die Stimmen der Konservativen und Bündler angenommen, trotzdem der Minister dringend um vorherige Ausschußberatung ersucht hatte. Der Teil, der die Errichtung eines Wohnungsfürsorgefonds in der Höhe von einer Million ausspricht, wurde an den volkswirtschaftlichen Ausschuß verwiesen. — Zu Beginn der Sitzung wurde die am Dienstag beratene Vorlage über Errichtung einer Landespolizei-Zentrale mit 58 gegen 26 Stimmen des Zentrums an den staatsrechtlichen Ausschuß verwiesen.

Ein Dämpfer für die Welfen.

Die „Nordd. Allg. Zeitung“ bringt an der Spitze ihrer Nummer vom Donnerstag folgende Erklärung:

„In einigen Lokalblättern der Provinz Hannover wird fortgesetzt mit dem Gedanken gespielt, daß die Vermählung Seiner Königlichen Hoheit des Prinzen Ernst August, Herzogs zu Braunschweig und Lüneburg, mit Ihrer Königlichen Hoheit, der Prinzessin Viktoria Luise von Preußen von Einfluß auf die Zukunft der Provinz Hannover sein werde. Hannover ist und bleibt ein Bestandteil des preußischen Staates, und kein preußischer König, keine preußische Staatsregierung, keine preußische Volksvertretung wird jemals die Hand dazu bieten, daß daran auch nur ein Titelchen geändert wird. Es heißt aber auch, die Gesinnung Seiner Königlichen Hoheit des Herzogs von Cumberland und Seiner Königlichen Hoheit des Prinzen Ernst August, seines Sohnes, von Grund aus verkennen, wenn die Meinung zu verbreiten gesucht wird, als wünschten diese Fürsten die soeben geschlossene Verbindung des Welfischen Hauses mit dem Hause Hohenzollern in irgend welcher Form zur Grundlage von Versuchen zu machen, die auf die Wiederherstellung des Königreichs Hannover oder auch nur auf eine Aenderung der preußischen Grenzen zugunsten Braunschweigs hinauslaufen. Ein hannöversches Blatt hat diesen Verdächtigungen die Krone aufgesetzt, indem es behauptet, auch Ihre Königliche Hoheit, die Gemahlin des Prinzen Ernst August, Tochter des Kaisers, werde für die Wiederherstellung des Königreichs Hannover eintreten. Jedes Wort der Zurückweisung wäre hier zu viel. Das feierliche Wort des Prinzen Ernst August, das er im Einverständnis mit seinem Herrn Vater abgegeben hat, bürgt über jeden Zweifel hinaus dafür, daß er nichts tun und

nichts unterstützen wird, was eine Aenderung des preußischen Besitzstandes im Auge hat.

Anders steht es mit der Ordnung der braunschweigischen Verhältnisse. Auf Anregung der braunschweigischen Regierung wird, wie wir annehmen, der Bundesrat im Laufe des kommenden Herbstes in die Lage versetzt werden, zu prüfen, ob der Thronbesteigung des Prinzen Ernst August in Braunschweig noch Bedenken entgegenstehen. Mit Hannover hat das, wie wir wiederholen, nicht das mindeste zu tun, denn eine hannöversche Frage gibt es nicht."

Die Welfen hatten sich durch die Verheiratung des Cumberländers mit der Kaisertochter in einen Feuereifer für die Wiederaufrichtung des hannoverschen Thrones und in Hoffnungen hineinphantasiert, die durch diesen Dämpfer grausam zerstört werden. Ob sie nun, da in so bestimmter Form erklärt wird, daß von einer Wiederherstellung Hannovers für alle Zeiten nicht die Rede sein kann, ihre Bemühungen aufgeben, muß abgewartet werden. Von Bedeutung ist die Welfenpartei freilich schon jetzt nicht, und es würde keinerlei politische Schwierigkeiten nach sich ziehen, wenn sie ganz verschwinden würde.

Reichsbeamtengesetz.

Die „Post" erfährt, der Entwurf eines Reichsbeamtengesetzes ist bereits dem preußischen Staatsministerium zur Begutachtung zugegangen, und es könne demnach erwartet werden, daß er in nicht ferner Zeit dem Bundesrat zur Beschlußfassung vorgelegt wird.

Über den Gesetzentwurf weiß die „Post" zu melden: „In dem Entwurf wird das Wiederaufnahmeverfahren im Disziplinarverfahren vorgeschlagen, was nach den jetzt bestehenden Bestimmungen nicht angängig ist. Als ein Hindernis für eine gesetzliche Regelung war besonders im Zusammenhang mit dem Aufnahmeverfahren die Entschädigung der Beamten anzusehen, wenn das Wiederaufnahmeverfahren die Ansprüche anerkennt. Da eine Wiedereinsetzung des Beamten in seine frühere Stellung in den meisten Fällen nicht angängig sein dürfte, da sie neu besetzt worden ist, so muß hierfür eine Geldentschädigung in Frage kommen. Es dürfte daher vorgesehen sein, daß während der Zeit, innerhalb der der Beamte infolge des Disziplinarverfahrens von seiner Stellung enthoben war, die Bezüge eines zur Disposition gestellten Beamten in Anrechnung gebracht werden. Gleichfalls wird in der Novelle der Fall geregelt, wenn der Beamte verstorben ist und Hinterbliebene zurückläßt."

Einberufung des preußischen Landtags.

Nach einer Bekanntmachung des preußischen Staatsministers v. Dallwitz im Reichsanzeiger soll am 12. Juni, vormittags 11 Uhr, eine gemeinschaftliche Sitzung beider Häuser im Sitzungssaale des Hauses der Abgeordneten stattfinden.

Die Fürsten wollen zahlen.

Die „Tägliche Rundschau" „hört", daß trotz des Widerspruchs der Regierung gegen die Aufnahme des Wehrbeitrags der Bundesfürsten in das Gesetz doch Aussicht dafür vorhanden ist, daß die Bundesfürsten sich mit dieser Aufnahme ihres Beitrages in das Gesetz einverstanden erklären werden. Dagegen sei eine entschiedene Ablehnung zu erwarten, falls der Haushaltsausschuß es unternehmen sollte, die bei dieser Gelegenheit festgesetzte Beitragspflicht der Bundesfürsten durch Bestimmungen in einer anderen Vorlage zu einer dauernden Steuerpflicht zu machen.

Hat die Interpellation bereits gewirkt?

Genosse Dr. Liebknecht hat im Reichstage den Reichskanzler befragt, was er zum Schutze des schlesischen Bergmanns Jakubik aus Myslowitz zu tun gedenke, der in dem russischen Grenzort Rieska von den russischen Behörden verhaftet und wegen der für den oberschlesischen Bergarbeiterstreik betriebenen Agitation angeblich zu lebenslänglicher Zwangsarbeit nach Sibirien verbannt worden ist. Jetzt meldet die „Kattowitzer Zeitung", daß Jakubik nicht nach Sibirien verschickt, sondern im Gefängnis Bendzin untergebracht sei und als lästiger Ausländer nach Deutschland abgeschoben werden soll.

In die Militärsammelbüchse des Reichsschatzamtes sind bisher an freiwilligen Wehrbeiträgen 388 565 Mk. geflossen. Glückstrahlend und dankbar teilt das die „Norddeutsche Allg. Zeitung" mit. Also beinahe eine halbe Million! Vielleicht entschließen sich die Militärenthusiasten und die Militärlieferanten rasch, auch noch die fehlenden 999½ Millionen in die Sammelbüchse zu fressen, dann wäre der ganze Streit über den einmaligen Wehrbeitrag hinfällig.

Ein empfindlicher Finanzminister.

In der Hessischen Zweiten Kammer kam es in der letzten Sitzung zu einem Zusammenstoß zwischen Finanzminister und Präsident. Der Präsident hatte den Finanzminister in einer Rede unterbrochen, was sich dieser energisch verbat. Der Kammerpräsident ließ sich allerdings nicht einschüchtern; er bestand auf seinem Recht, auch einen Minister unterbrechen zu können, nur insofern gab er nach, als er auf das Recht verzichtete, einen Minister auch zur Ordnung zu rufen.

Held bleibt dem Parlament erhalten!

Das Schöffengericht Charlottenburg hat Mittwoch abend nach zweitägiger Verhandlung den Herausgeber des „Tag", Herr Kerr wegen mehrfacher Beleidigung des nationalliberalen Reichstagsabgeordneten Held zu 150 Mark Geldstrafe verurteilt. Herr Kerr hatte auf das bekannte hannoversche Streikkammerurteil Bezug genommen, das dem nationalliberalen Lotteriekollekteur Bücherfälschung, Erpressungsversuche und Herabwürdigung des Reichstagsmandats zu niedrigsten privaten Geldinteressen attestierte und deshalb Helds Entfernung aus dem Reichstag von der nationalliberalen Partei gefordert. Diese Partei hat aber auf Grund eines Briefes des früheren nationalliberalen Abgeordneten Antrick Dr. Görz über jene Verhandlung die Dinge viel schwarzer beurteilt, und Herr Held, der entgegen dem nationalliberal-christlichen Wahlabkommen als „selbständiger, inoffizieller usw." Kandidat von den bundestreuen Nationalliberalen der Provinz Hannover gewählt worden ist, sitzt heute noch in ihr. Die Herren Schiffer, Breithaupt, Görk, List von der nationalliberalen Partei sagten zugunsten Helds aus, dessen fortschrittlicher Gegenkandidat bekundete, daß der nationalliberale Landtagsabgeordnete Dr. Arning sich über Held dahin geäußert: man müsse sich des Held schämen, er würde nicht mal auf einer Bank mit ihm sitzen wollen usf. Held fügte gleich hinzu, daß Arning ihm noch vor kurzem eine Landtagskandidatur in Nienburg angeboten hat! (Auch nicht ganz ohne Reiz!)

In der Begründung des Urteils wird ausgeführt, daß das Gericht nicht etwa dem Privatkläger eine Ehrenerklärung zu geben, sondern nur zu prüfen habe, ob nicht erweislich wahre Tatsachen, die ihn verächtlich zu machen geeignet sind, behauptet worden seien. Dies sei der Fall durch die nicht bewiesene Beschuldigung der Erpressung und der Täuschung der nationalliberalen Fraktion. Auf die bereits durch Gerichtsurteil entschiedene Sache könne nicht zurückgegriffen werden. Aus der Schreibweise der Artikel gehe die beleidigende Absicht hervor, und es könne daher der § 193 ihm nicht zuerkannt werden, obgleich der Fall wohl denkbar sei, daß die Presse in Wahlzeiten auch genötigt sein könne, einmal die Wähler vor einem Kandidaten zu warnen und das, was gegen diesen Kandidaten vorliegt, den Wählern mitzuteilen. Davon könnte aber hier keine Rede sein, denn die Angriffe erfolgten erst zehn Monate später, nachdem Held wieder dem Reichstage angehörte. — Gegen das Urteil will Kerr Berufung einlegen.

Keine Finanzministerkonferenz.

Die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung" meldet: „Nach einer in der vorigen Woche verbreiteten Pressemeldung sollten die Finanzminister Bayerns, Sachsens, Württembergs, Badens und Hessens in Berlin eintreffen, um an den Besprechungen über eine Verständigung in der Deckungsfrage teilzunehmen. Diese Mitteilung ist ebenso wie eine frühere gleiche Nachricht völlig unzutreffend. Besprechungen der Finanzminister der Bundesregierungen in Berlin sind nach der gegenwärtigen Sachlage nicht erfolgt und auch nicht vorgesehen. Ob später der Gang der Verhandlungen zu einer solchen Besprechung führen wird, läßt sich naturgemäß heute noch nicht sagen. Das wiederholte Gerücht von neuen Finanzministerkonferenzen mag darauf zurückzuführen sein, daß die Bundesregierungen wie bei allen größeren Vorlagen, so auch bei der Deckungsvorlage Vertreter nach Berlin entsandt haben, um über die Beratungen fortlaufend unterrichtet zu sein und an etwa notwendig werdenden Besprechungen zum Zwecke der Berichterstattung teilzunehmen."

Gegen die Barbarei der Todesstrafe

wendet sich der bekannte Schriftsteller Hans Hyan aus Anlaß der demnächst vielleicht erfolgenden Hinrichtung jener jungen Burschen, die dem Mörder Sternickel bei der Ermordung einer Bauernfamilie geholfen haben sollen.

Vom Schwurgericht Frankfurt a. O. sind neben Sternickel auch der 19jährige Schliewenz und der 20-jährige Georg Kersten zum Tode verurteilt worden. Der 17jährige Willi Kersten wurde, da er noch nicht 18 Jahre alt war, zu einer langen Gefängnisstrafe verurteilt. Von einer Begnadigung der zum Tode verurteilten jungen Burschen ist bisher noch nichts bekannt geworden. Die Stunde rückt immer näher, zu der sie ihr Leben auf dem Schaffott lassen sollen. Welche Qual das den jungen Leuten, die ihr Leben kaum begonnen haben, bereitet, geht aus einem Angstschreiben hervor, den Georg Kersten aus dem Gefängnis an seine Mutter richtete, und den Hyan in seinem Artikel gegen die Todesstrafe abdruckt. Der Verurteilte schreibt aus dem Gefängnis:

„Liebe Mutter! Wie der Termin — gemeint ist die Hauptverhandlung — verlaufen ist, wird Dir Vater erzählt haben. Vater wird sich gewundert haben, daß ich mit ihm nicht gesprochen habe, ich konnte nicht! Ich habe vergebens gehofft, daß ich Dich auch sehen werde, sollen wir uns überhaupt nicht mehr wiedersehen? Liebe Mutter, gibt es denn keine Rettung mehr for mir? Ich habe doch keinen todt gemacht! Schreibe doch bitte, ob ich Euch noch mal sehen kann! Willi liegt schräg über von mir, er hat am Sonntag Geburtstag, ich darf ihn aber nicht sehen! Liebe Eltern, hätte ich doch bloß auf Euch gehört und wäre nie von Euch fortgegangen, so wäre alles nicht gewesen! Liebe Eltern, gibt es denn wirklich keine Hilfe mehr, muß ich denn so jung sterben, hat denn kein Mensch Erbarmen mit mir? — —"

„Und", so fährt Hyan fort, „so geht es weiter; vier eng beschriebene Seiten schreit da ein Geschöpf in Todesängsten nach seiner Mutter! . . . Ja, in so jämmerlicher, grauenvoller Qual, daß der Tag kein Ende hat, die Nacht keinen Schlaf bringt und der Ruhelose in fiebergepeitschten Träumen, von kaltem Schweiß übergoßen, sich langsam verzehrt! Und dabei ist dieser Mann vielleicht wirklich nicht schuldig, seine Hände mit dem Blute der Ortwiger Bauernfamilie gerötet zu haben! Nur Gottes Auge hat die Tat gesehen! Und ob einer und war von den drei jungen Menschen, die August Sternickels finstere Mordlust mit in die blutige Nacht des Verbrechens hineinriß, bei dem Morde selbst mit Hand angelegt hat, dafür gibt es keine Beweise. Das Urteil wurde von Volksrichtern gesprochen, Männern aus jener Gegend, die fast rasend war vor Wut über die Untat! Bewiesen ist nur dem Haupttäter durch das eigene Geständnis seine Mitschuld, keinem anderen! Die übrigen waren dabei, sie haben mindestens zugesehen diesem schaurigen Beginnen; deshalb sollen sie bestraft, hart bestraft sollen sie werden! Aber doch nicht mit dem Tode?! Hyan hofft schließlich, daß durch die Begnadigung die Vollstreckung der Todesstrafe verhindert werde.

Die elsaß-lothringischen Ausnahmegesetze.

Die „Tägliche Rundschau" versichert gegenüber anderen Meldungen, daß die Vorlage mit den bekannten Anträgen der elsaß-lothringischen Regierung bestimmt dem Reichstage zugehen werde.

Österreich-Ungarn.

Der Spionagefall Redl. Im österreichischen Abgeordnetenhause gab gestern Landesverteidigungsminister v. Georgi Erklärungen über die Angelegenheit Redl. Sensationell wirkte die Mitteilung, daß Redl Mobilisierungsakten an Agenten verkauft habe. Daraus gehe hervor, daß er nicht allein für Rußland, sondern auch für andere Mächte, man nimmt an für Frankreich und Italien, gearbeitet hat. Mit Entschiedenheit stellte der Minister in Abrede, daß Redl deutsche Pläne verraten habe, und versuchte die Bedeutung des Falles ein wenig herabzudrücken. Der Minister stellte fest, daß Redl seit März 1912 Spionage getrieben habe. Er widerlegte die Annahme, daß Redl ein Vermögen hinterlassen habe, es sei vielmehr eine große Schuldenlast zurückgeblieben. Die Offizierkommission habe Redl nicht zum Selbstmord gezwungen, Redl habe vielmehr bereits, als die Kommission bei ihm erschien, die Abschiedsbriefe geschrieben gehabt und eine Schnur, die in seinem Besitze war, deutete darauf hin, daß er sich erhängen wollte. Der Minister betonte, daß Redl keine Mitschuldigen habe und daß höhere Offiziere in die Angelegenheit nicht verwickelt seien.

Rußland.

Ein Notschrei aus der zarischen Bastille. Das sozialrevolutionäre Organ „Snamja Truda" veröffentlicht folgende Einzelheiten aus dem Leben der politischen Gefangenen in der berüchtigten Schlüsselburger Festung: Von den Teilnehmern des vorjährigen Protestes in diesem Kerker, die mit 30—44 Tagen Karzer bestraft wurden, sind bis zum März dieses Jahres gestorben: Storodumow, Torioschwili, Saposhnikow, Kurashew, Lucno und andere, deren Namen vorläufig unbekannt sind. Zahlreiche andere Gefangene sind an der Schwindsucht erkrankt; bekannt sind vorläufig 24 solcher Fälle. In den Karzern finden folgende Szenen statt: der Gefangene Kurashew wird mißhandelt; auf die Forderung der anderen Gefangenen setzt der Chef Agafonow ein Protokoll auf, daß er dem Mißhandelten zum Unterschreiben überreicht; dieser unterschreibt, ohne den Inhalt kennen zu lernen, und erst später stellt sich heraus, daß der Sachverhalt im Protokoll vollkommen gefälscht ist. Der Gefangene Lazki ist im Karzer erkrankt und kann beim Appell nicht aufstehen; darauf zerrt man ihn in Anwesenheit des Direktorsgehilfen Rubis in die Höhe und schleudert ihn auf den Fußboden; mit blutigem Kopfe, an allen Gliedern wund, bleibt der Gefangene im Karzer liegen. Der Gefangene Jossi, der sich beim Appell im Karzer nicht erhob, wird gleichfalls auf den Fußboden geschleudert und von dem Oberaufseher Adelberg mit Füßen getreten. — Diese Beispiele geben nur einen kleinen Ausschnitt aus dem Leben der politischen Gefangenen in dieser Marterhöhle des Zarismus. Hunger, Krankheiten, Mißhandlungen, Roheiten ohne Ende — das ist das Schicksal der endlosen Zahl der politischen Gefangenen, die in den russischen Kerkern dahinsiechen.

Zur Illustration dieser Zustände seien nachstehend einige Daten aus dem Bericht der Budget-Kommission zum Gefängnisetat angeführt: zum 1. Januar 1913 belief sich die tägliche Durchschnittszahl der Gefangenen in allen Gefängnissen auf 190 000, für die nur ca. 140 000 Plätze vorhanden sind. Die erschreckenden Gesundheitszustände in den Kerkern werden natürlich von amtlicher Seite verschleiert. Dennoch sieht sich auch die Regierung zu dem Geständnis gezwungen, daß die Zahl der Lungenschwindsüchtigen von 1646 im Jahre 1910 auf 2530 im Jahre 1912 gestiegen ist. Diese Zahlen beziehen sich allerdings nur auf die Lungenkranken, die in den Gefängnishospitälern behandelt werden. Die übergroße Mehrheit der Tuberkulosen siecht ohne jede Behandlung in den gemeinschaftlichen Zellen und in den Karzern dahin.

Frankreich.

Ein Zwischenfall. In der Deputiertenkammer kam es während einer Rede des früheren Ministers Lefevre, der für die Wehrvorlage der Regierung eintrat, zu einem Zwischenfall. Als der Redner behauptete, die Republikaner seien für den Krieg von 1870 selbst verantwortlich, erhob sich ein großer Tumult, der sich noch verstärkte, als Lefevre mit einer chauvinistischen Redewendung schloß. Der Genosse Colly bezeichnete den Redner als einen komödienhaften Patrioten, was eine heftige Erregung hervorrief. Colly wurde zur Ordnung gerufen.

Aus Lübeck und Nachbargebieten.

Freitag, 6. Juni.

Achtung Zentralverband der Zimmerer Deutschlands, Zahlstelle Lübeck! Über die Arbeiten der hiesigen Baudeputation (Staatsplatz) ist wegen Nichtanerkennung der hiesigen Lohn- und Arbeitsbedingungen die Sperre verhängt. Die Tarifkommission.

Lohnbewegung im Gastwirtsgewerbe. Wie uns mitgeteilt wird, hat der Verband der Gastwirtsgehilfen in den letzten Tagen wieder eine ganze Reihe Tarifverträge mit hiesigen, wie mit auswärtigen Prinzipalen abgeschlossen. Die verschiedenen Vereine, Gewerkschaften usw. werden ersucht, bei Abhaltung von Festlichkeiten streng darauf zu achten, daß die in Frage kommenden Wirte den Vertrag anerkannt haben. Die betreffenden Wirte, welche den Tarif nicht anerkannt haben, werden (laut Beschluß der letzten Kartellversammlung) den einzelnen Gewerkschaften mitgeteilt werden.

Das diesjährige Aushebungsgeschäft für den Aushebungsbezirk der freien und Hansestadt Lübeck wird in der Zeit vom 20. bis 25. Juni d. Js. in Lübeck, Restaurant Rodenhof (Vorstadt St. Gertrud), stattfinden. Alle Militärpflichtigen, die sich vor der Oberersatzkommission zu stellen haben, werden hierdurch aufgefordert, zu dem Zeitpunkt, der ihnen durch Stellungsbefehl bekannt gegeben ist, pünktlich zu erscheinen und ihren Losungsschein und Stellungsbefehl mitzubringen. Es empfiehlt sich, daß Militärpflichtige mit fehlerhaften Augen hierüber ein ärztliches Attest vorlegen. Die beim Musterungsgeschäft vorgelegten Atteste sind wieder mitzubringen. Lübeckische Staatsangehörige, welche Anspruch darauf erheben, hier in Lübeck zu dienen, ihre Staatsangehörigkeit der Ersatzkommission aber noch nicht nachgewiesen haben, haben sich, mit genügendem Ausweis versehen, spätestens bis zum 16. Juni d. Js. im Geschäftszimmer der Ersatzkommission zu melden. Später angebrachte Gesuche können

nicht mehr berücksichtigt werden. Falls ein Militärpflichtiger bis zum 16. Juni 1913 nicht im Besitze eines Stellungsbefehls ist, hat er sich am darauffolgenden Tage im Geschäftszimmer der Ersatzkommission, Schüsselbuden 16, 2. Etage, zur Empfangnahme eines solchen zu melden. Bei schriftlicher Meldung ist stets der Losungsschein beizufügen. Militärpflichtige, welche der Aufforderung, sich vor der Oberersatzkommission zu stellen, ohne genügenden Grund keine Folge leisten, oder beim Aufruf ihrer Namen im Musterungsraum nicht anwesend sind, können nicht nur durch Anwendung gesetzlicher Zwangsmaßregeln zur sofortigen Gestellung angehalten werden, sondern unterliegen auch den im § 26, 7 der Wehrordnung angedrohten Strafen und den weiteren daselbst namhaft gemachten Folgen der Nichtgestellung.

Zählung der Obstbäume. Das Statistische Amt gibt dazu folgendes bekannt: Die Aufnahme bezieht sich auf Aepfel, Birnen, Pflaumen einschließlich Zwetschen, Kirschen, Aprikosen, Pfirsiche und Walnüsse; Zwergobst- und Spalierobstbäume sind mitzuzählen. Es sind nur die auf dauerndem Standort befindlichen Bäume zu zählen, also nicht solche, die noch zum Verpflanzen bestimmt sind. In Baumschulen werden nur die Standbäume (Sortimentsbäume) mitgezählt. Bei den Angaben über die Obstbäume ist zwischen „tragfähigen" und „noch nicht tragfähigen" Obstbäumen zu unterscheiden. Die Aufnahme des Obstbaumbestandes erfolgt gemeindeweise und in den einzelnen Gemeinden von Gehöft zu Gehöft und von Haus zu Haus. Auch die auf dem Felde in abgesonderten Obstanlagen befindlichen Bäume sind mitzuzählen. Die Zählung geschieht mittels Zählungslisten, deren Ausfüllung in der Stadt Lübeck einschließlich der Vorstädte und der neuen Stadtteile durch Beauftragte des Statistischen Amtes und in den übrigen Gemeinden des Lübeckischen Staates durch die Gemeindevorstände zu geschehen hat. Als Zeitpunkt für die Ermittelung wird für die Landgemeinden, die neuen Stadtteile sowie für diejenigen Grundstücke der Vorstädte, die nicht lediglich aus Haus- und Hofraum und kleinen Hausgärten bestehen, der Monat Juni und für die sog. Hausgrundstücke der Vorstädte und die Grundstücke in der inneren Stadt der 1. Dezember ds. Js. bestimmt. Die Grundstücksbesitzer, Pächter oder deren Vertreter haben den Zählern jegliche auf die Zählung bezügliche Auskunft zu erteilen. Sie haben sich bereits vor der Zählung genaue Kenntnis von ihren Beständen an Obstbäumen zu verschaffen, damit die Zählung ohne Verzug durchgeführt werden kann.

Eine land- und forstwirtschaftliche Ausnahme ist vom Senat angeordnet worden. Die näheren Bestimmungen darüber werden nunmehr „zur allgemeinen Kenntnis" gebracht, worunter zu verstehen ist, daß man sie in dem am wenigsten gelesenen hiesigen Blatte veröffentlicht. Damit aber die Phrase von der „allgemeinen Kenntnis" doch eine innere Berechtigung erhält, drucken wir die Bestimmungen hiermit ab: Durch die land- und forstwirtschaftliche Ausnahme soll für den gesamten Lübeckischen Staat Anbau- und Nutzungsart der Acker- und Gartenländereien, der Wiesen und der Viehweiden, der Obstanlagen auf dem Felde, der Forsten und Holzungen, der Haus- und Hofräume, der Moorflächen, des sonstigen Oed- und Unlandes, des Wegelandes, der Friedhöfe, der öffentlichen Parkanlagen und der Gewässer festgestellt werden. Die Erhebung erfolgt im Laufe des Monats Juni nach Gemeinden und grundstücksweise. Die Besitzer oder Pächter haben für jedes Grundstück, das im Kataster mit einem besonderen Artikel eingetragen ist, sofern dessen Fläche nicht ausschließlich als Haus- und Hofraum bezeichnet ist. Angaben über die mit Getreide, Hackfrüchten, Gartengewächsen (Gemüse), Handelsgewächsen und Futterpflanzen feldmäßig angebauten Flächen, über die verschiedenen Forstkulturarten sowie über die übrigen in § 1 genannten Kulturarten zu machen. Die Erhebungsformulare werden den Beteiligten im Landgebiet durch die Gemeindevorstände und in den Vorstädten und den neueingemeindeten Stadtteilen durch mit Legitimationskarten versehene Personen zugehen.

b. **Strafkammer** am 6. Juni. Lustbarkeitssteuer. Der Gastwirt St. hatte im Mai vorigen Jahres dem Polizeiamt schriftlich mitgeteilt, daß er versuchsweise Konzerte im Garten veranstalten und die staatliche Abgabe jeden Montag für die abgelaufene Woche bezahlen werde. Das Polizeiamt war damit nicht einverstanden, behauptete auch, daß ein solches Schreiben nicht eingegangen sei und schickte dem Wirte für die einzelnen Fälle Strafverfügungen. Es forderte nach Gesetz vorherige Anmeldung, die St. glaubte nicht machen zu können, da er nicht wisse, ob das Wetter am andern Tag für das Konzert günstig sei. Gegen das schöffengerichtliche Urteil, das die Strafverfolgung für unzulässig erklärte, legte der Staatsanwalt Berufung ein. Er behauptet, bei dem Angeklagten handle es sich um ein eigensinniges Vorgehen, denn durch die fortwährenden Strafverfügungen des Polizeiamts hätte er wissen müssen, daß die vorgenommene Anmeldung nicht genüge. Die Strafkammer hob nach einstündiger Beratung das Schöffengerichtsurteil auf, sprach St. des fortgesetzten Vergehens gegen die §§ 1—4 des Lustbarkeitssteuergesetzes für schuldig und erkannte auf 20 Mk. Geldstrafe oder 4 Tage Haft. Von zweien im August begangenen Vergehen wird er freigesprochen. Die Kosten tragen zu gleichen Teilen der Angeklagte und die Staatskasse, doch fallen die persönlichen Auslagen dem Angeklagten zur Last. — Der Stiefeldieb, der im Mai vom Schöffengericht unter Einrechnung einer neunmonatigen Gefängnisstrafe wegen Hoteldiebstählen zu einem Jahre Gefängnis verurteilt wurde, ist mit diesem Erkenntnis nicht zufrieden, auch die Staatsanwaltschaft nicht. Wie noch bekannt sein dürfte, kam der Kellner M. aus Holland spät abends hier ins Hotel „International", ließ sich morgens früh wecken und verduftete dann unter Mitnahme aller vor den Zimmertüren stehenden Schuhe und eines Paares Hosen. Der Angeklagte behauptet, nie in Lübeck gewesen zu sein. In Berlin und Magdeburg kamen genau die gleichen Diebstähle vor. Die Fremdenzettel wiesen die gleichen Schriftzüge und Namen auf: einmal Kaufmann Wanders aus Bonn, ein andermal Monteur Wanders aus Krefeld. Der Oberkellner vom „International" schilderte die große Aufregung, die entstand, als ein Gast nach dem andern seine Stiefel reklamierte. Er erkennt den Gast mit Bestimmtheit wieder, der so früh das Hotel verließ und die Stiefel gestohlen haben mußte. Beide Berufungen wurden verworfen.

Zwei schengewordene Pferde, der Irrenanstalt Strecknitz gehörend, rasten am Donnerstag nachmittag 4 Uhr beim Herannahen des Mecklenburger Zuges mit einem Wagen über das Gleise, welches die Ratzeburger Allee durchschneidet, hinweg. Der Zug erfaßte die Tiere; ein Pferd wurde völlig in Stücke zerrissen, das andere brach ein Bein und erhielt eine große Wunde am Leib, sodaß es gleichfalls getötet wurde. Das Gefährt hatte in der Heilanstalt gestanden, bevor die Pferde durch das Gewitter scheu wurden. Bei dem Versuch, die Tiere zu halten, wurde der Kutscher mit fortgeschleift und verletzt. Die Barriere am Bahnübergang war geschlossen gewesen.

Freitod. Der hiesige Tischlermeister O. hat in der verflossenen Nacht im Gehölz bei Cleverbrück seinem Leben durch Erhängen ein Ende gemacht. Seine Leiche wurde heute morgen aufgefunden.

Von einem bedauerlichen Unfall wurde eine Anzahl hiesiger Personen betroffen, die an der Fahnenweihe des Kriegervereins in Krummesse teilgenommen hatten. Auf der Rückkehr nach Lübeck, die per Wagen vorgenommen werden sollte, brach die Achse des Gefährts, und die vier Teilnehmer an der Fahrt stürzten heraus. Dabei brach ein Feldwebel zwei Rippen und ein Schlüsselbein, die Frau eines Schutzmannes wurde erheblich am Kopfe verletzt und blieb besinnungslos liegen, eine andere Frau zog sich einen doppelten Beinbruch und den Bruch des einen Schlüsselbeines zu. Der vierte Insasse des Unglücksvehikels erlitt nur leichtere Kontusionen.

Die öffentliche Badeanstalt „Marli" ist vom Montag, dem 9. Juni 1913, ab geöffnet: a) an den Werktagen: von 5 Uhr vormittags bis 3½ Uhr nachmittags und von 6½ Uhr nachmittags bis 9 Uhr abends, b) an den Sonntagen: von 5 Uhr vormittags bis 1 Uhr nachmittags. Das Baden ist unentgeltlich. Auf Verlangen wird das Schwimmpersonal des hiesigen Infanterie-Regiments Schwimmunterricht erteilen; für diesen Unterricht ist bei der Anmeldung dem Oberaufseher im voraus gegen Quittung eine Vergütung von 3 Mk. zu zahlen.

Ausstellung von Grabdenkmälern auf dem Vorwerker Friedhof. In der für die Einreichung gesetzten einmonatigen Frist ist eine größere Anzahl von Entwürfen eingegangen, über die die Ausstellungskommission der Friedhofsbehörde demnächst Entscheidung treffen wird. Mit Rücksicht auf die ihr von Interessenten entgegengebrachten Wünsche hat jedoch die Ausstellungskommission die Frist zur Einreichung weiterer Entwürfe bis zum 1. Juli d. J. verlängert.

pb. **Schwindlerin.** Bei einem hiesigen Geistlichen erschien eine unbekannte Frau, die unter Angabe eines falschen Namens und einer falschen Wohnung, eine Unterstützung erschwindelte, indem sie um Geld, zur Einlösung ihrer auf dem hiesigen Bahnhofe lagernden Sachen, bat.

pb. **Herrenloses Boot.** Ein gelbgestrichenes, vorn und hinten spitzes Boot ist am Ufer der Trave, bei dem Hobelwerk von Havemann & Sohn angetrieben und befestigt worden. Der unbekannte Eigentümer wird ersucht sich beim Polizeiamt zu melden.

pb **Fahrraddiebstahl.** Am 4. dss. Mts. nachmittags zwischen 6½ und 7¼ Uhr ist auf dem auf der Folkenwiese befindlichen Spielplatze ein Fahrrad mit schwarzem Gestell und ebensolchen Felgen abhandengekommen und vermutlich gestohlen worden. Vorne am Rahmen ist ein gelbes Schild mit der Aufschrift: „Beuthien, Fackenburger Allee angebracht. An dem Rade befanden sich die vom Polizeiamt gelieferten Erkennungsnummern 5950.

pb. **Verhaftungen.** Festgenommen wurde ein Arbeiter, der seitens der Staatsanwaltschaft in Hamburg wegen Zuhälterei verfolgt wird. — In Hadersleben wurde ein Knecht festgenommen, der im Mai dss. Js. aus einem Hause der Moislinger Allee ein Fahrrad gestohlen hat.

Schlutup. Die Sprechstunde des Arbeitersekretariats findet am Sonnabend, dem 7. Juni, abends von 5 bis 7¼ Uhr, im Lokale des Herrn Saborowski, „Gasthof zur Linde", statt.

---

w. **Ratekau.** In der letzten Gemeinderatssitzung von West-Ratekau stand auch ein Antrag des Sozialdemokratischen Vereins von Ratekau mit auf der Tagesordnung, der forderte, daß die Gemeindesteuern, die bis jetzt vierteljährlich, nunmehr monatlich erhoben werden möchten. Genosse Kruse begründete ihn damit, daß gerade bei der jetzt herrschenden Arbeitslosigkeit ein großer Teil der Steuerzahler von West-Ratekau sehr in Mitleidenschaft gezogen wurden. Damit sie dennoch den Pflichten an die Gemeinde nachzukommen imstande sind, empfahl er obigen Antrag. Wichtige Gegengründe konnten die Bürgerlichen nicht vorbringen. Nur einer, ein früherer Agrarier, jetziger Rentier, empfahl: die Arbeiter sollten nur sparen, dann würden die paar Steuergroschen leicht aufzubringen sein. Unser Genosse blieb dem Herrn die Antwort nicht schuldig. Er konnte es nachweisen, daß Industriearbeiter durchweg mehr Steuern zahlen, wie mancher Rentier. Nach einigem Knurren und Murren des in die Enge Getriebenen, stieß derselbe die echt drastisch agrarische Antwort heraus: von einem solchen Verein lassen wir uns nichts vorschreiben. Gemeint ist die Partei. Der Antrag wurde abgelehnt. Die Arbeiter West-Ratekaus können hieraus ersehen, daß von seiten der Bürgerlichen nichts getan wird, um es beim Steuerzahlen zu erleichtern. Wollen sie, daß Arbeiterinteressen vertreten werden sollen, nun wohlan, so ist es erforderlich, neue Mitglieder der Partei und neue Leser dem „Lübecker Volksboten" zu werben.

Mölln. Kleinbahnprojekt. Nachdem die Verhandlungen zwischen Lübeck und dem Kreise Lauenburg über ein gemeinsames Eisenbahnprojekt, das die im Kreise belegenen lübeckischen Enklaven berücksichtigen sollte, gescheitert sind, wird nach einem Beschlusse des lauenburgischen Kreisausschusses nunmehr ein Projekt eifrig gefördert, das eine Kleinbahn von Mölln über Breitenfelde, Vorstorf, Koberg, Linau, Wentorf, Sandesneben, Labenz, Gr. Klinkrade, Gölden-itz nach Klein Berkenthin vorsieht. Hier würde die Kleinbahn Anschluß an die Strecke Neumünster—Hagenow erhalten; es sind auch Verhandlungen mit der Südstormarnschen Kreisbahn eingeleitet, wonach diese die Verbindungsstrecke nach Trittau und Lütjensee bauen soll. In den beteiligten lauenburgischen Ortschaften finden Unterhandlungen statt; die Gemeinden Gr. Klinkrade, Labenz, Dowensee usw. haben bereits beschlossen, dem Kreisausschuß des Kreises Lauenburg die zum Bau der Bahn einschließlich der Bahnhofsanlagen erforderlichen Ländereien kostenlos abzutreten. Die Gemeinden sind an dieses Angebot fünf Jahre gebunden, doch kann der Kreisausschuß seine Rechte an eine Gesellschaft abtreten.

m. **Malente.** Gemeinderatssitzung am 4. Juni. Als Wahlmann für die landwirtschaftliche Berufsgenossenschaft wurde Hufner R. Bentfeld gewählt. Die Gemeinderatsmitglieder H. Blunk und H. Wirrer wurden beauftragt, mit den Bauernvögten von Sielbeck und Kreutzfeld ein zu einer Grandgrube geeignetes Stück Land zu besichtigen zwecks Ankaufs für die äußere Wegegemeinde. Der Bebauungsplan von Schöning in Timmdorf hat 14 Tage ausgelegen und wird somit festgelegt; Einwendungen hierzu waren nicht eingegangen. Der Oekonom des Armenhauses, Topp, stellt einen Antrag auf Gehaltserhöhung. Da derselbe auch viel als Hilfsgemeindediener mit in Anspruch genommen wird, wird das Gehalt von 500 Mark auf 600 Mark jährlich vom 1. Juli 1913 an erhöht. Außerdem erhält Topp noch freie Station, Wohnung und Feuerung für seine Familie. Das Dach des Armenhauses soll geteert werden. Die Rechnungsführung der äußeren Wegegemeinde wurde dem Gemeinderechnungsführer Tews mit übertragen. Der Gemeindevorsteher teilte noch mit, daß die Malenter Jugendwehr am 15. Juni ds. Js. ein Fest verbunden mit Fahnenweihe abhalten werde und werden die Gemeinderatsmitglieder hierzu eingeladen. Von unserer Seite wurde sogleich erklärt, daß wir uns an solcher Festlichkeit nicht beteiligen. Sodann wurde noch ein Antrag des Vorstandes der Jugendwehr auf Bewilligung von 30 Mk. zu dem Feste von elf Mitgliedern mit sechs Stimmen genehmigt.

Flensburg. Jugendbildner und Rechtsvertreter als Duellanten. Die Strafkammer verurteilte den Oberlehrer Hoffmann aus Husum wegen Zweikampfes mit tödlichen Waffen zu drei Monaten Festung. Hoffmann hatte sich mit dem Gerichtsassessor Jüng beim Kartenspielen erzürnt, worauf eine Pistolenforderung erfolgte. Das Duell verlief unblutig.

Wilhelmshaven. Vertagter Spionageprozeß. Der zunächst für den 30. Mai angesetzt gewesene und auf den 7. Juni vertagte Spionageprozeß gegen den früheren Schutzmann Peter Jänicke in Wilhelmshaven mußte abermals und zwar auf unbestimmte Zeit vertagt werden, da der Angeklagte, der Geistesstörung zu simulieren scheint, seinen Verteidiger das Mandat entzogen hat.

[] **Schwerin.** Der „verfassungstreue" Mecklenburger Landtag. Der mecklenburgische Landtag nahm am Mittwoch eine Resolution an, in der gegen die Drohung des Ministers mit der Oktroyierung als einen Bruch der Verfassung Verwahrung eingelegt wird. Hierfür stimmten auch die Bürgermeister. — Diese „Verwahrung" soll ein Mißtrauensvotum sein gegen die Minister, ein Mißtrauensvotum, das aus „Verfassungstreue" diejenigen Landtagsabgeordneten dem Minister ausstellen, die seit Jahren krampfhaft verhindern, daß in Mecklenburg überhaupt verfassungsrechtliche Zustände krampfhaft verhindern, daß in Mecklenburg überhaupt verfassungsrechtliche Zustände einkehren. Das ist in der Tat ein guter Witz. Man kann gewiß schärfster Gegner einer eigenmächtigen Handlung durch die Regierung sein, solange aber eine Clique rechtliche Zustände überhaupt unmöglich macht, muß schon im Notfall mit Gewalt einmal Recht geschaffen werden. Ob die nun von unten oder von oben kommt, ist letzten Endes gleichgültig. — Der Landtag debattierte dann über ein künftiges Wahlgesetz und lehnte geschlossen die direkte Wahl ab. Nur ein nationalliberaler „Landstand" stimmte für direkte Wahl.

Burg a. F. Ein Beitrag zum Dienstbotenelend. Vor einiger Zeit wurde von uns berichtet über eine Gerichtsverhandlung vor dem Schöffengericht in Burg a. F. gegen die Landmannsehefrau Emilie Maaß aus Niendorf auf Fehmarn. Frau Maaß hatte ihr 15jähriges Dienstmädchen Margaretha Schöning in äußerst roher Weise mißhandelt und später den Gendarm, der zu ihr kam, zu bestimmen versucht, aus der Sache nichts zu machen. Das Urteil lautete wegen der Mißhandlung auf ein Jahr Gefängnis und wegen versuchter Beamtenbestechung auf einen Monat Gefängnis. Die Verurteilte wurde sofort verhaftet. Jetzt hat sich die Strafkammer in Kiel als Berufungsinstanz mit der Sache beschäftigt. Das Mädchen wurde am 13. Januar, morgens 4 Uhr, von Frau M. geweckt, damit es bei einer erkrankten Kuh Hilfe leisten sollte. Es wurde jedoch gleich wieder zurückgeschickt und legte sich dann angekleidet auf das Bett. Um 5 Uhr will die Frau das Mädchen wieder dreimal gerufen haben, es soll aber trotzdem nicht aufgestanden sein. Frau M. faßte dann das Mädchen an der Schürze, zog es aus dem Bett und schleifte es 28 Meter weit durch Kammer und Küche auf einen Rasenplatz. Durch das Ziehen an der Schürze wurde dem Mädchen die Luft abgepreßt und es wurde besinnungslos. Als es wieder zur Besinnung kam, wischte Frau M. ihm das Blut ab und nun mußte es mit ihr zum Melken gehen. Nach dem Melken beschuldigte der Ehemann Maaß das Mädchen noch einer ihm zur Last gelegten Milchfälschung und bedrohte es. Das Mädchen lief weg und teilte dem Vormund die Mißhandlung mit, dieser brachte es zum Arzt. Durch die ärztliche Untersuchung wurde festgestellt, daß das Mädchen von der Mißhandlung Abschürfungen im Gesicht, einen Bluterguß im rechten Augapfel und Strangulationsmerkmale erhalten hatte. Ferner war das Zahnfleisch geschwollen, die Oberlippe dick und blutig und ein Zahn lose. Nach einigen Tagen bekam das Mädchen auch noch eine Mittelohrentzündung, die nach Ansicht des Arztes ebenfalls eine Folge der Mißhandlung ist. Durch den Schrecken und die Aufregung hat auch das Nervensystem stark gelitten. Als am nächsten Tage der Gendarm zu Frau M. kam, sagte sie zu diesem, er solle man nicht so viel aus der Sache machen, es würde ihr auf 100 Mk. nicht ankommen. Das Schöffengericht hatte hierin die versuchte Beamtenbestechung gefunden. Vor der Strafkammer behauptete Frau M., sie habe damit nur sagen wollen, daß dem Mädchen das Geld zugute kommen sollte. Das wurde ihr auch geglaubt und sie wurde von der Anklage der versuchten Beamtenbestechung freigesprochen. Auch wegen der Mißhandlung fand Frau M. milde Richter. Die Strafkammer ermäßigte die vom Schöffengericht erkannte Strafe von einem Jahr Gefängnis auf — zwei Monate Gefängnis, eine für derartig rohe Mißhandlungen äußerst geringe Strafe. Außerdem wurde auch noch der vom Schöffengericht gegen Frau M. erlassene Haftbefehl aufgehoben. — Da klagen die Leute noch über Dienstbotennot. Wenn die Dienstmädchen so behandelt werden, kann man es ihnen wirklich nicht verdenken, daß sie dem Dienstberuf den Rücken kehren.

Bremen. Die Bürgerschaft hatte am Mittwoch eine heikle Angelegenheit zu erledigen. Es besteht hier die Unsitte, daß sich Mitglieder des Parlaments an der Lieferung von Staatsarbeiten beteiligen. Die Heizung im Technikum ist vor zehn Jahren von Herrn Bruns geliefert, der jetzt Rechnungsführer der Behörde für das Technikum ist. Die schweren Vorwürfe wegen der ungenügenden Heizung, die seit Anfang erhoben wurden, suchte er mit dem Hinweis zu parieren, daß die Fenster schlecht geliefert worden seien. Trotz des verhältnismäßig milden Winters mußten im vergangenen Jahre Schüler den Unterricht tagelang unterbrechen, weil sie vor Kälte nicht arbeiten konnten. Eine Kontrolle durch ein Mitglied unserer Fraktion auf Beschwerde der Schüler hin wurde nicht gestattet, nun soll eine Kommission die Heizung nachprüfen. — Die 500 bremischen Zollbeamten hatten durch eine Petition eine Gehaltserhöhung bei Senat und Bürgerschaft zu erreichen gesucht. Statt Gehaltserhöhung erhielten sie resp. ihr Vereinsvorstand vom Senat eine Rüge. Nun mußte der Senat berichten, warum er den Beamten eine Rüge erteilt hat. Mit Recht wurde das Vorgehen des Senats als eine Beschränkung des Petitionsrechts der Beamten gekennzeichnet. — Infolge der drückenden Hitze nahm die Sitzung ein gewaltsames Ende. Es wurde die Beschlußfähigkeit bezweifelt und da fehlten die nötigen fünfzig Häupter. — Schwere Gewitter sind in der Nacht zum Donnerstag über Bremen zur Entladung gekommen, begleitet von wolkenbruchartigen Regenfällen. Durch diese sind in allen Stadtteilen die Straßenkanäle derart überflutet worden, daß infolgedessen durch schlecht funktionierende Rückstauverschlüsse das Wasser in viele Häuser gedrungen ist und diese überschwemmt hat. Die Feuerwehr war mit zahlreichen Dampfspritzen und Wasserstrahlapparaten den Einwohnern beim Entleeren ihrer Räume behilflich. Auch in Bremerhaven richteten die Gewittergüsse große Verheerungen an. Ein größeres Geschäft in Bremerhaven erlitt allein einen Schaden von über 30 000 Mark. Die Feuerwehr mußte fortwährend in Tätigkeit treten. In dem benachbarten Donnern setzte der Blitz ein Nebengebäude des Landwirts Henken in Brand, wobei 36 Schafe, 10 Schweine und die landwirtschaftlichen Maschinen, sowie die Futtervorräte verbrannten. In Garlstedt brannte das Haus des Gemeindevorstehers infolge Blitzschlages nieder. An den Feldfrüchten hat das Unwetter ebenfalls großen Schaden angerichtet.

Verantwortlich für die Rubrik „Lübeck und Nachbargebiete" und die mit P. L. gezeichneten Artikel: Paul Löwigt, für den gesamten übrigen Inhalt Johannes Stelling. Verleger: Th. Schwartz. Druck: Friedr. Meyer & Co. Sämtlich in Lübeck.

Große Quantitäten sind in untenstehenden Artikeln auf Extratischen ausgelegt. — Die Preise sind enorm billig.

4194

1 Kinderwagendecke in weiß Batist mit reicher Stickerei . . **95 ₰**
1 Damenbluse halsfrei, i. versch. Dess. **95 ₰**
1 Paar H.-Hosenträg. Ia. Cummi . . . . . **95 ₰**
1 Selbstbinder farbige moderne Farben **95 ₰**
2 Diplomates einfarbig . . . . . **95 ₰**
1 farb. Garnitur 1 Vorh., 1 P. Mansch. . **95 ₰**
1 H.-Portemonn. ganz aus Leder . . . . **95 ₰**
1 Korsett grau Drell mit Spiralstangen . . . **95 ₰**
1 Jabot weiß Tüll oder Batist . . . . **95 ₰**
1 Bulg.-Handtasch. in diversen Farben . . . **95 ₰**
1 Bulgarenkragen aparte Muster . . . . . **95 ₰**
1 Gummigürtel mit apartem Schloß . . **95 ₰**
2 Paar Handschuhe in diversen Farben . . . **95 ₰**
1 Paar Handschuhe schwarz oder farbig . . **95 ₰**
2 P. Strumpfhalter Ia. Gummiband . . . . **95 ₰**
1 Kinderschärpe in allen Farben . . . . **95 ₰**
2 Paar Handschuhe weiß, durchbrochen . . **95 ₰**
1 Marinekragen Ia. Satin, dunkelblau . . **95 ₰**
1 Auto-Schal in diversen Farben . . . **95 ₰**
2 Lackgürtel schwarz oder farbig . . **95 ₰**
1 Damenhemd Vorder- u. Schulterschl. **95 ₰**
1 Damenbeinkleid mit Stickerei . . . . . **95 ₰**
1 Nachtjacke weiß und bunt . . . . . **95 ₰**
1 Kinderschürze Ia. Stoffe, farb., 45—90 cm **95 ₰**

1 Kinderschürze weiß, m. reich. Stickerei **95 ₰**
1 Batist-Häubchen reizend garniert . . . . . **95 ₰**
1 Blusenschürze farbig, reich besetzt . . . **95 ₰**
1 Blaudruckschürze 120 cm weit . . . . . **95 ₰**
1 Tändelschürze weiß mit Trägern . . . . **95 ₰**
1 Tändelschürze farbig. Satin . . . . . **95 ₰**
1 Knabenschürze Jägerleinen, extra stark . **95 ₰**
1 Blusenschürze in weiß, mit Stickerei . . **95 ₰**
1 Damenjacke Ia. Macco . . . . . **95 ₰**
1 P. Herrensocken reine Wolle . . . . . **95 ₰**
1 P. Herrensocken farbig, mit Zwickel . . . **95 ₰**
2 P. Herrensocken Ia. Schweißwaren . . . . **95 ₰**
3 P. Herrensocken grau meliert . . . . . **95 ₰**
4 P. Herrensocken in Macco-Garn . . . . . **95 ₰**
1 Handtasche Leder-Imitation . . . . . **95 ₰**
1 Markttasche Ia. Lederluch . . . . . **95 ₰**
1 Karton Seife 12 Stück Lilienmilch **95 ₰**
3 St. Liliencremseife extra große Stücke . . . **95 ₰**
4 Glas Schuhcreme Ia. Qualität . . . . . **95 ₰**
7 Feudel mit verstärkter Mitte . . **95 ₰**
1 Kinderlatz gestreift Trikot . . . . . **95 ₰**
1 Untertaille mit Stickerei . . . . . **95 ₰**
1 Tischläufer vorgezeichnet . . . . . **95 ₰**
1 Wandschoner vorgezeichnet . . . . . **95 ₰**
1 Serviette vorgezeichnet . . . . . **95 ₰**

1 Kissenplatte vorgezeichnet . . . . . **95 ₰**
1 Küchenhandtuch vorgezeichnet . . . . . **95 ₰**
1 Paradehandtuch vorgezeichnet . . . . . **95 ₰**
1 Küchentischdecke vorgezeichnet . . . . . **95 ₰**
1 Wäschebeutel vorgezeichnet . . . . . **95 ₰**
1 Topflappen oder **Putztasche**, vorgezeichnet **95 ₰**
1 Kn.-Leibch.-Hose Gr. 0—6 in versch. Dessins **95 ₰**
1 Schirmmütze für Herren . . . . . **95 ₰**
1 Knaben-Strohhut mit farbigem Band . . . **95 ₰**
1 Herren-Strohhut mit schwarzem Band . . **95 ₰**
1 Knaben-Sweater in all. Größen u. Farben **95 ₰**
1 Südwester Wachstuch und Stoff . . **95 ₰**
1 Rucksack für Herren und Knaben . **95 ₰**
1 P. Plüschpantoff. mit Ledersohle . . . . . **95 ₰**
2 Paar Pantoffeln mit Filzsohle . . . . . **95 ₰**
1 Paar Pantoffeln Filztuch, m. Ledersohle . **95 ₰**
2 Paar Pantoffeln mit Linoleumsohle . . . **95 ₰**
1 Paar Textilschuhe mit Ledersohle . . . . **95 ₰**
1 P. Dachd.-Schuhe braun Segeltuch . . . . **95 ₰**
1 Barchenthemd für Herren, gestreift . . . **95 ₰**
2 Fußmatten extra stark . . . . . **95 ₰**
2½ m Hemdentuch mitt.- u. grobfädig, Kupon **95 ₰**
2 m Pikee weiß gemustert . . Kupon **95 ₰**
1 Kinder-Schirm für Knaben und Mädchen **95 ₰**

2 Stck. Madapolam-Festons Doppelstoff Kupon à 4½ m . . . . . **95 ₰**
3 m Handtuchdrell mit roter Kante . Kupon **95 ₰**
4½ m Handtuchdrell grau gestreift . . Kupon **95 ₰**
3½ m Vortuchdrell grau gemustert . . Kupon **95 ₰**
3 Gläsertücher Halbleinen, kariert . . . **95 ₰**
1 Tischserviette mit Hohlsaum . . . . . **95 ₰**
1 Schlafdecke grau mit Kante . . . . . **95 ₰**
1 Dtz. Topflappen sehr preiswert . . . . . **95 ₰**
8 Vortücher gesäumt, 38×38 cm . . **95 ₰**
3 Handtücher mit Kante . . . . . **95 ₰**
1 Badehandtuch Größe 50×110 cm . . . **95 ₰**
1 Gartentischdecke rot und grün gemustert . **95 ₰**
1 m Bettsatin weiß, 130 u. 140 cm breit **95 ₰**
1 m Bettuch-Halbl. 130 u. 140 cm breit . . . **95 ₰**
1 m Bettkattun 140 u. 160 cm breit . . . **95 ₰**
1 m Bettinlett rot federdicht, 128 cm breit . **95 ₰**
1 m Linoleumläufer Ia. Qualität . . . . . **95 ₰**
1 m Gardinen weiß u. creme, hervorragend schöne Muster u. Qualitäten **95 ₰**
1 m Gartendecken-Stoff waschecht, 110 cm breit . **95 ₰**
1 Pfd. Kapock (Pflanzen-Daunen) Ia. Qualität, gar. geruchfrei **95 ₰**
1 m Läuferstoff verschiedene Muster . . . **95 ₰**
1 Kissenbezug mit Einsätzen u. Falten . **95 ₰**
1 Kissenbezug m. Languetten u. Hohlsaum **95 ₰**

2 P. Kinderröckch. in Baumwolle mit Wollrand, Größe 1—8 . . . **95 ₰**
3 P. Kindersöckch. mit farbigem Rand, zum Aussuch. i. Gr. 2—8 **95 ₰**
3 P. Kinderstrümpfe Gr. 1—4, in br. u. schwarz **95 ₰**
2 P. Kinderstrümpfe Gr. 5—8, braun u. schw. **95 ₰**
3 P. Dam.-Strümpfe engl. lang, in braun und schwarz . . . . . **95 ₰**
2 P. Dam.-Strümpfe deutsch lang, extra stark **95 ₰**
1 P. Dam.-Strümpfe ½ engl. lang, reine Wolle **95 ₰**
1 P. Dam.-Strümpfe deutsch lang, reine Wolle **95 ₰**
1 Russenkittel in verschied. Ausführung **95 ₰**
1 m Blaudruck 120 cm br. . . . . Kup. **95 ₰**
1½ m Wien. Leinen Ia. Qualität . . . . Kup. **95 ₰**
1 m Cheviot reine Wolle . . . . . m. **95 ₰**
1 m Kleiderstoff Halbwolle, kariert . . m **95 ₰**
2 m Zephir gestreift . . . . . Kup. **95 ₰**
2 m Barchent ungebleicht . . . . Kup. **95 ₰**
3 m Hemdenbarch. gestreift . . . . . Kup. **95 ₰**
1 m Gingham Ia. Qualität . . . . . **95 ₰**
2½ m Kleiderstoff baumwolle kariert, Kup. **95 ₰**
2½ m Kleiderstoff weiß gemustert . . Kup. **95 ₰**
2 m Blaudruck für Kleider . . . . Kup. **95 ₰**
1 m Indisch Mull in diversen Farben . . . **95 ₰**
1 m Blusenstoff Wolle oder Voile . . . . **95 ₰**
1 m Satin bedruckt türkisch u. Bulgarenmust. **95 ₰**

Während der **95-Pfg.-Tage** ist ein großer Posten

Reste

passend für Blusen, Röcke u. Kleider, in Wollstoff, Gingham Wollmusselin und Waschstoff

mit 50% Extra-Preisermässigung,

also für **die Hälfte** der

früher bereits herabgesetzten blauen Preise, auf Extratischen zum Verkauf ausgelegt.

Lübeck
Königstraße 87-89
Ecke Wahnstraße

Hans Struve

Rendsburg
Neumünster

1. Beilage zum Lübecker Volksboten.

Nr. 130. Freitag, den 6. Juni 1913. 20. Jahrg.

Pferdefleisch und russische Schweinerei.

Ueber der Rüstungsschande soll die Fleischnot des Volkes vergessen werden! Die vom Kaiserlichen Gesundheitsamte festgestellten Fleischverbrauchsziffern für das erste Vierteljahr 1913 sind aber ein erneuter Notschrei der Massen. Lassen wir die toten Zahlen lebendig werden:

	Geschlachtet wurden im 1. Viertelj. 1913		gegen das 1. Viertelj. 1912	
Pferdefleisch	11 345 800	Kg.	+ 1 103 090	Kg.
Rindfleisch	213 234 245	„	– 9 718 965	„
Kalbfleisch	41 588 680	„	– 4 195 840	„
Schweinefleisch	369 685 655	„	–53 092 360	„
Schaffleisch	9 937 312	„	– 126 918	„
Ziegenfleisch	2 098 384	„	+ 321 040	„
zusammen	647 890 076	Kg.	—65 709 953	Kg.

In einem Vierteljahre, dem ersten von 1913 wurden also allein 1,1 Millionen Kilogramm mehr Pferdefleisch gegessen als im ersten Viertel des Fleischnotjahres 1912! Die Agrarier verwiesen immer mit Stolz darauf, daß aber auch der Schweinefleischkonsum zunehme und dieser wiege das bissel Rückgang an Rind- und Schweinefleischverbrauch voll auf. Aber, wie die Zahlen zeigen, der Schweinefleischkonsum ist ebenfalls zurückgegangen und das um 53 Millionen Kilogramm! Es wurden im ersten Vierteljahre 1913 genau 624616 Stück Schweine weniger geschlachtet.

Pferdefleisch und Ziegenfleisch, ist das die Zukunftsnahrung des deutschen Volkes? Eines Volkes, dem die größten Rüstungsopfer zugemutet werden?

Warum wirkt das russische Fleisch nicht notmildernd? Man lese das folgende Zitat sehr genau:

„Das russische Fleisch erfreut sich . . . . . keiner besonderen Wertschätzung und die Nachfrage verringert sich zusehends. Daß es bei der Bevölkerung in so schlechtem Geruche steht, trotz der angeblichen (?! D. R.) großen Fleischnot hat seine guten Gründe. **Zunächst haben die Schlächter keine Gelegenheit ungenutzt gelassen, um es dem Publikum — offen herausgesagt — zu verekeln, und da das Aussehen des Fleisches in den meisten Fällen tatsächlich viel zu wünschen übrig ließ, hatten sie mit ihrer Methode auch schließlich Erfolg.**"

Wo ist dieses Zitat zu finden? In der eben erschienenen jüngsten Nummer der „Nachrichten der Zentrale für Viehverwertung", einer durchaus agrarischen und deswegen gut orientierten Zeitschrift, die in der Druckerei der „Deutschen Tageszeitung" gedruckt wird. So urteilt also ein landwirtschaftliches Fachorgan von reiner konservativer Qualität über die Ursache des Rückganges im Verbrauche russischen Fleisches.

Die Schlachter verekeln den Arbeiterfrauen das gute aber billige russische Fleisch und die Agrarier sorgen durch allgemeine Gesetzgebung dafür, daß Viehproduktion und Fleischkonkurrenz nicht preisverbilligend in Wirkung treten kann. Wenn das Volk anfängt rebellisch zu werden, so wird durch eine Wehrvorlage im rechten Moment der patriotische Koller losgelassen, er wirkt wie eine Schutzimpfung des deutschen Volkes, damit es sich nicht am agrarischen Geldbeutel vergreift.

Der Wehrbeitrag in der Budgetkommission.

Vor Beginn der Donnerstagssitzung, der 100. Sitzung der Budgetkommission, fand eine zweistündige vertrauliche Besprechung zwischen den Fraktionsdelegierten und der Regierung statt zur Verständigung über strittige Fragen. Dann wurde zunächst die am Mittwoch vertagte Debatte über die Besteuerung der Aktiengesellschaften zu Ende geführt, die einen ausschließlich steuertechnischen Charakter hatte. Der Regierungsentwurf wurde gegen die Stimmen des Zentrums und der Konservativen angenommen. Hierauf wurde die Debatte über § 1 wieder aufgenommen, der die Sätze und Staffel des Wehrbeitrags enthält. Graf Westarp berichtete über die vertraulichen Beschrechungen, die zu einer Einigung nicht geführt haben. Es lagen mehrere Vorschläge vor. Ein Vorschlag A sieht eine Steuer von 0,2 v. H. bei Vermögen bis 50 000 Mk. vor, die bis auf 1,4 bei Vermögen von 5 Millionen und mehr steigt, jedoch nicht über 1,25 v. H. des Gesamtvermögens. Dieser Vorschlag soll schätzungsweise 820 Millionen vom Vermögen und 80 Millionen vom Einkommen bringen. Ein Vorschlag des Grafen Westarp soll 860 Millionen bringen, ein Vorschlag Gothein 790 bezw. 765 Millionen, ein Vorschlag Roland-Lücke, der keine Bruchstaffelung vorsieht, 940 Millionen. Die Mehrheit der Fraktionsdelegierten hat, wie Graf Westarp weiter berichtete, davon Abstand genommen, eine Reichseinkommen-Veranlagung zu schaffen; es genüge der Veranlagungsmodus in den Einzelstaaten, zumal es sich nur um eine einmalige Abgabe handele. Die Regierung hat die finanzielle Wirkung des Antrages Westarp berechnet. Das Ergebnis würde sein: Ertrag aus dem Vermögen 850 Millionen, aus der Besteuerung der Aktiengesellschaften 40 Millionen und aus dem Einkommen 80 Millionen; zusammen 970 Millionen. Ein Antrag Gothein fordert bei 3 Millionen Vermögen eine Abgabe von 1,3 v. H., bei 5 Millionen 1,4 und bei noch größerem Vermögen 1,5 vom Hundert. Die Forderung im Antrag Westarp, daß über 1,25 v. H. des Gesamtvermögens nicht erhoben werden soll, beantragten die Volksparteiler zu streichen, weil die großen Vermögen stärker zum Wehrbeitrag herangezogen werden müssen. Die Sozialdemokraten beantragten eine noch stärkere Heranziehung speziell der Millionenvermögen. Von 5—10 Millionen soll danach 1,5 v. H. und dann von je weiteren 10 Millionen ein Zehntel Prozent mehr erhoben werden. Nach unten hin sollte dafür eine Ermäßigung eintreten. Vermögen bis 30 000 Mk., also auch Einkommen bis 3000 Mk. müßten von der Abgabe befreit werden.

Schatzsekretär Kühn wendete sich gegen diesen Vorschlag, der ihm besonders bedenklich erscheine wegen der Höhe der Abgabe, die von dem ganz großen Vermögen erhoben werden soll. Der Schatzsekretär erklärte, er sei momentan nicht in der Lage, sagen zu können, ob die Regierung dem sozialdemokratischen Vorschlage werde zustimmen können. Steuergesetze dürfen man nicht gegen einzelne Personen machen. — Genosse David bezeichnete die Argumentation des Schatzsekretärs als eine sehr merkwürdige. Vor den schwerreichen Leuten Halt zu machen, ist völlig ungerechtfertigt. Je größer das Vermögen, desto stärker wird der Wehrbeitrag von den sonst für den Luxus zu verwendenden Ausgaben bestritten. Will die Regierung ein Unannehmbar gegen die sozialdemokratische Forderung aussprechen, so mag sie das nur tun; das Volk würde dann die Haltung der Regierung nicht verstehen können. — Abg. Schiffer bekämpfte den sozialdemokratischen Antrag, der von großen Vermögen Abgaben in einer Höhe erheben will, die dann selbst ein Vermögen darstellen. So zu verfahren, bedeutete aber die Vermögenskonfiskation, und dagegen müsse energisch Front gemacht werden. — Genosse Wurm antwortete dem Abg. Schiffer, jede Steuer bedeute eine Art Vermögenskonfiskation. Wenn die Rüstungen wirklich der Erhaltung des Friedens dienen, wie immer behauptet wird, so haben die schwerreichen Leute einen besonderen Vorteil von dieser angeblichen Friedensversicherung und müssen dementsprechend auch zahlen. — Schatzsekretär Kühn betonte, das Maß des Interesses, das jemand an der Erhaltung des Friedens hat, darf niemals für die steuerliche Veranlagung und Belastung maßgebend sein. Die Arbeiter haben auch ein großes Interesse am Frieden, sie werden aber nicht zum Wehrbeitrag herangezogen. — Diesen Darlegungen des Schatzsekretärs gegenüber machten unsere Genossen auf den folgenden Satz zur Begründung des Wehrbeitrages im Entwurf aufmerksam: „An der Erhaltung des Friedens, dem die Verstärkung der Wehrmacht des Reiches dienen soll, sind die großen Erwerbsgesellschaften besonders interessiert". Mit der heutigen Erklärung des Schatzsekretärs stehe dieser Satz in grellem Widerspruch.

Bei der Abstimmung wurde der sozialdemokratische Antrag abgelehnt, dagegen wurden die höheren Sätze bei den großen Vermögen nach dem volksparteilichen Antrag angenommen. Angenommen wurde ferner ein sozialdemokratischer Antrag, wonach Personen mit einem Vermögen bis 50 000 Mark, deren Jahreseinkommen 3000 Mk. nicht übersteigt, vom Wehrbeitrag befreit sind. Im übrigen wurde dem Antrage des Grafen Westarp zugestimmt. Die weiteren Abstimmungen wurden auf Freitag vertagt.

Aus der Partei.

Das beleidigte Unteroffizierkorps. Vor der ersten Strafkammer des Landgerichts III in Berlin hatte sich am Mittwoch Genosse Dr. med. Julius Moses wegen Beleidigung des preußischen Unteroffizierkorps zu verantworten. In einer am 22. Juli 1912 in Rosenthal bei Berlin unter freiem Himmel stattgefundenen Volksversammlung hatte Dr. Moses eine Rede gehalten. Er kam dabei auf die Soldatenmißhandlungen zu sprechen und erwähnte, daß ein sozialdemokratischer Redakteur in Bochum, der die Soldatenmißhandlungen kritisiert habe, freigesprochen sei, und daß Generalleutnant Dietzmann geäußert habe, die Schurken, Schufte, Halunken von Unteroffizieren, die Soldaten kommandieren, unter das Bett sich zu bücken, um Staub zu schlucken und Speichel zu lecken, verdienen kein Mitleid, sie gehören ins Zuchthaus. Die Polizeibeamten, die zur Ueberwachung der Versammlung abkommandiert waren, gaben diese Aeußerungen nicht nur ungenau wieder, sie behaupteten, daß Genosse Moses den gesamten Unteroffiziersstand auch noch durch die Aeußerung beleidigt habe, sie hätten ihre Vorbildung nur im Pferdestall und im Kasernenhof erhalten. Wegen der Gesamtheit der Ausführungen des Genossen Moses hatte dann der Kriegsminister Strafantrag gestellt. In der Zeugenvernehmung hielten die Polizisten ihre Angaben aufrecht; es stellte sich aber heraus, daß nur einer der Versammlung dauernd beigewohnt und daß auch dieser sich den Vortrag nur bruchstückweise notiert hatte. Genosse Moses bestritt entschieden, die ihm zugeschriebenen Aeußerungen getan zu haben. Eine Anzahl Versammlungsbesucher sagte aus, daß sie sich schwer auf die Worte, die in der Versammlung gefallen seien, besinnen könnten, daß sie aber nichts von einer Beleidigung des Unteroffizierkorps gehört hätten. Der Staatsanwalt beantragte 2 Monate Gefängnis, mit der Begründung, eine Geldstrafe würde vermutlich von der sozialdemokratischen Partei getragen werden. Das Gericht erkannte auf 100 Mk. Geldstrafe. Die Aeußerungen über die Soldatenmißhandlungen könnten Moses nicht als Beleidigung angerechnet werden; dagegen nehme das Gericht an, daß seine Bemerkung über die Vorbildung des Unteroffizierstandes gefallen sei, worin eine Beleidigung des Unteroffizierstandes liege. Dem Kriegsminister wurde die Publikationsbefugnis im „Tag" zugesprochen.

Mit Bedauern freigesprochen. Mehr als alle Verurteilungen der letzten Jahre ist ein freisprechendes Urteil der Breslauer ersten Strafkammer gegen die „Volkswacht" kennzeichnend für den Geist der dortigen Justiz. In Lissa (Posen) hatte ein Rekrut Selbstmord verübt. Das „Lissaer Tageblatt" brachte über den Fall einen Bericht, der offenbar darauf angelegt war, die Gründe des Selbstmordes zu verschleiern. Unser Parteiblatt fragte daraufhin: „Was muß dem Selbstmord vorangegangen sein, wenn man auf diese Weise der Oeffentlichkeit Sand in die Augen zu streuen versucht?" Und die Anklagebehörde fragte sich, ob sich nicht daraus eine Beleidigung konstruieren läßt. Aber wer sollte beleidigt sein? Nun, selbstverständlich das Bataillon, dem der Rekrut angehört hatte, und dementsprechend lautete die Anklage. Der Staatsanwalt beantragte deshalb auch in der Verhandlung am Dienstag gegen Genossen Förster als verantwortlichen Redakteur 200 Mk. Geldstrafe. Der Vorsitzende Landgerichtsrat Mundry verkündete dann, das Gericht habe leider auf Freisprechung erkennen müssen. Das Gericht stehe auf dem Standpunkt, daß es der „Volkswacht" auch in diesem Falle darauf angekommen sei, die militärischen Behörden herabzusetzen, der Bericht sei aber so allgemein gehalten, daß nur der Kriegsminister hätte Strafantrag stellen können, und von diesem liege leider ein Strafantrag nicht vor.

Weltausstellung in Gent. Zum Empfang und zur Führung ausländischer Parteigenossen, welche die Weltausstellung in Gent besuchen, hat sich ein sozialistisches Komitee gebildet, das den Genossen freundlichsten Empfang und weitestreichende Auskunfterteilung zusichert. Reisegesellschaften werden ersucht, sich acht Tage vorher anzumelden. Genossen, die ohne vorherige Anmeldung eintreffen, wollen sich nach dem „Vooruit", Ons Huis, Vrijdagmarkt (Marché du Vendredi) verfügen. Brief-Adresse: „Vooruit", Parteisekretariat, „Ons Huis", Marché du Vendredi, Gand.

Kommunales.

Sündenzoll. Magistrat und Stadtverordnete der guten und frumben Stadt Recklinghausen haben eine Kinosteuerordnung erlassen, um der immer weiter um sich greifenden Sittenverderbnis Einhalt zu tun. Die Verordnung sieht nämlich für solche Films, die nicht sittlich einwandfrei sind, die doppelte Besteuerung vor. Wer also sündigen will, der soll wenigstens dafür blechen. Sittlichkeitsrichter ist der Recklinghauser Polizeikommissar Hoffmann. Das Verdienst, diesen genialen Gedanken geheckt zu haben, gebührt dem Stadtverordnetenvorsteher der Zentrumsmehrheit, Rechtsanwalt Richter.

Unentgeltliche Geburtshilfe. Pommern wird im allgemeinen immer für eine recht rückständige Provinz angesehen. In Ausnahmefällen weist sie aber auch manchen Fortschritt auf. So z. B. wurde in der letzten Stadtverordnetenversammlung in Stolp eine Neuregelung der Geburtshilfe vorgenommen. Um der ärmeren Bevölkerung die Geburtshilfe unentgeltlich zu leisten, hat die Stadt mit sämtlichen Hebammen einen Vertrag geschlossen, wonach sich die Hebammen verpflichten, ihre Hilfe bei der ärmeren Bevölkerung nach den Mindestsätzen der Gebührenordnung zu berechnen. Die Kosten, die 10,50 Mk. betragen, werden dann von der Stadt bezahlt. Etwaige durch den Arzt angeordnete Tätigkeit wird besonders vergütet. Außerdem wurde die freie Wahl eingeführt. Eine besondere Entschädigung dürfen die Hebammen von den Wöchnerinnen oder deren Angehörigen nicht verlangen.

Kriminalität und Generalstreik.

Man schreibt aus Brüssel: Einen „friedlichen" Generalstreik hatte die belgische Arbeiterpartei gewollt und beschlossen und in einer Disziplin ohnegleichen auch durchgeführt. Diese Disziplin der arbeitenden Massen — der 400—450 000 Streikenden — erfährt nun eine besondere Illustration durch eine offizielle Statistik über die Kriminalität während des Generalstreiks.

Diese Statistik ist auf Verlangen des sozialistischen Deputierten Destrée vom Justizdepartement zusammengestellt worden und erstreckt sich auf die Verbrechen, Vergehen und Uebertretungen während der Streikzeit — also auf die Periode vom 15. bis 27. April 1913 im Vergleich zur selben Periode des Vorjahres.

Die Gesamtzahl der Delikte von 1912 beträgt nach diesen Erhebungen 7243, die von 1913 7121. Die Streikzeit zeigt also einen Rückgang von 122 Delikten gegenüber der Normalzeit! — Im einzelnen zeigen sich folgende interessante und belehrende Ziffern. In der Streikperiode gab es 254 Vergehen gegen den berüchtigten Paragraphen, der die „Freiheit der Arbeit", d. h. die Streikbrecher und Verräter der Arbeitersache zu schützen hat. In derselben Periode im Vorjahre 18 solcher Vergehen. Was bedeutet diese Vermehrung von zirka 270 Delikten gegen die Normalzeit des Vorjahres gemessen an der Zahl der Streikenden in der Generalstreikswoche, wo bald eine halbe Million Arbeiter im Ausstand waren! An polizeilichen Vergehen und Uebertretungen zeigt die Aprilperiode des Vorjahres 315, die Streikzeit 334 solcher Uebertretungen an. Wieder halte man sich die Ziffer der Streikenden, die Fülle der Provokationen, und Konfliktsmöglichkeiten vor Augen und man wird auch hier die sittlichen Wirkungen des Generalstreiks auf das proletarische Gewissen bewundern.

Besonders beredt sind auch die Ziffern über die Uebertretung des Waffenpatents. Bekanntlich schrieben die klerikalen Blätter vor dem Generalstreik über ungeheuerliche Massenankäufe von Revolvern. Die Käufer waren natürlich die künftigen Streikenden. Die offizielle Statistik teilt nun mit, daß es in der Aprilwoche 1913, in der eine Armee von Streikenden, die von Militär, Bürgergarde und Gendarmen umzingelt war, nur 23 solcher Uebertretungen mehr gab als in der entsprechenden Periode von 1912! (Und überdies sagt uns die Statistik noch nicht, ob die 23 Uebertretungen auf das Konto der Streikenden gehen.)

Was gar die Vergehen gegen die „öffentliche Ruhe und Ordnung" anlangt, so stellt die offizielle Statistik der Disziplin der Arbeiter ein ganz hervorragendes Zeugnis aus. In der Streikperiode gab es um 11 Delikte weniger als in der gleichen Epoche des Vorjahres! — Als letztes die Vergehen gegen das Trunkenheitsgesetz. In der Streikzeit gab es nur 25 Uebertretungen mehr als im April 1912. 25 Uebertretungen mehr, während 400—450 000 im Streik stehen! Braucht man einen gültigeren, erhebenderen Beweis dafür, daß die Arbeiterschaft aus ihren Kämpfen um ihren materiellen und kulturellen Aufstieg sich auch gleichzeitig die Elemente und Bedingungen für ihren sittlichen schafft?

Soziales.

Heilerziehung für psychopathische Kinder. In München hat sich kürzlich ein Verein gebildet, der Heilerziehungsheime für Kinder mit psychopathischer Konstitution schaffen will. Solche Kinder besitzen in der Regel eine ganz gute Intelligenz, aber auf dem Gebiete des Gefühlslebens sind sie krankhaft veranlagt. Sie sind im Elternhaus und in der Schule fast nicht erziehbar, spielen in der Kriminalität der Jugendlichen eine große Rolle und fallen später meist dem Zuchthaus, dem Irrenhaus, dem Vagabondentum und dem Selbstmord anheim. Bisher hat man solche Kinder einfach in Hilfsschulen gesteckt. Da sie aber nicht schwachsinnig sind, gehören sie auch nicht in Klassen für Schwachbegabte; zudem ist der gegenseitige Einfluß, den Schwachsinnige und Psychopathen aufeinander üben, meist ein verderblicher. Auch Besserungsanstalten, die nur für normale moralisch Verderbte eine geeignete Erziehungsstätte sind, sind für sie nicht der rechte Ort, ebensowenig Irrenanstalten, da sie ja nicht geisteskrank sind. Zu brauchbaren Mitgliedern der Gesellschaft können solche Anormale nur in eigenen Psychopathenheimen erzogen werden, in denen Psychiater und Pädagogen die Erziehung leiten. Je früher die Unterbringung in einem Heilerziehungsheim erfolgt, desto bessere Erfolge können erzielt werden. — Die Beschaffung solcher Heime ist Sache des Staates. Aber der hat ja für Kulturaufgaben nichts übrig!

Vom Ausfuhrprämienskandal! Schon im vergangenen Jahre wurden in Rußland Forderungen laut, die Maßnahmen gegen die Einfuhr von Roggen aus Deutschland verlangten. Man erlebte nämlich das eigenartige Schauspiel, daß aus Deutschland große Mengen in das Roggenland Rußland gebracht wurden, die hier die Preise drückten. Das war nur möglich infolge unseres bekannten Einfuhrscheinsystems. Für jede aus Deutschland nach dem Auslande gebrachte Tonne Roggen erhalten unsere Exporteure aus der Reichskasse eine Prämie in Höhe von 50 Mark. Für die Inlandskonsumenten, die die Ausfuhrprämie in Gestalt von Zöllen aufbringen müssen, wird diese Steuer zu einem Hebel, der den Inlandspreis mächtig hinaufdrückt. Je mehr Roggen, dessen Einfuhr der bestehende Zoll erschwert, ins Ausland geworfen wird, je

mehr Ausfuhrprämien das Volk aufbringen muß, umsomehr schwächt auch das Angebot auf dem Inlandsmarkte ab und die Preise steigen. Nun haben sich die Verhältnisse in diesem Jahre noch weiter zu ungunsten der inländischen Verbraucher verschlechtert. Es betrug nämlich die Ausfuhr in den ersten 4 Monaten der Jahre:

1912	Roggen	2 562 207 Dz.
1912	Roggenmehl	350 297 Dz.
1913	Roggen	2 836 860 Dz.
1913	Roggenmehl	652 092 Dz.

Diese gewaltige Ausfuhrsteigerung macht sich natürlich auch in der Höhe der Ausfuhrprämien bemerkbar. Sie ergaben für die ersten 4 Monate der Jahre

1911	36 857 230	Mark
1912	41 964 296	„
1913	51 173 670	„

Diese Entwicklung der Dinge hat nun wieder mächtig Rußland verschnupft. Man will ihr durch Einführung von entsprechenden Zöllen auch in Finnland begegnen. Eine Delegiertenkonferenz wirtschaftlicher Körperschaften beschäftigte sich mit der Frage von Maßnahmen zur Verhinderung ausländischer Getreidezufuhr nach Finnland. Die meisten Teilnehmer vertraten den Standpunkt, daß die Einführung besonderer Zölle auf das nach Finnland importierte Getreide und Mehl ohne Rücksicht auf Deutschland jederzeit geschehen könne, da nur für eine allgemeine Abänderung des finnländischen Zolltarifes die im geltenden Handelsvertrage vereinbarte vorherige Benachrichtigung Deutschlands mit längerer Ansagefrist obligatorisch sei. Diese Mitteilung stößt in Deutschland auf Widerspruch. Jene Absicht soll mit den getroffenen Vereinbarungen nicht im Einklang stehen. Der Streit darüber wäre Deutschland erspart, hätte man mit dem skandalösen Einfuhrscheinsystem nach den Forderungen der Sozialdemokratie aufgeräumt. Die Agrarier allerdings wollen es lieber auf einen Zollkrieg ankommen lassen. Dabei würde ihr Weizen blühen, dem Volke aber der Brotkorb noch höher gezogen werden. Das sind die Segnungen unserer glorreichen nationalen Wirtschaftspolitik nach ultramontan-nationalliberal-konservativen Rezepten!

Aus dem Gerichtssaal.

Die „Sinnestäuschung" eines Richters. Ein bemerkenswertes Urteil hat die Strafkammer in Bochum gefällt. Angeklagt war der Amtsrichter Vermel aus Wattenscheid. Er hatte sich objektiv einer Urkundenfälschung schuldig gemacht. In einem Zivilprozeß Hestermann-Piasecki stand Termin um 10 Uhr an. Der Richter, der sich einbildete, der Termin sei auf 9 Uhr anberaumt, erließ ein Versäumnisurteil, als die Parteien um 9 Uhr noch nicht erschienen waren. Um sich die Kosten, die ihm aus diesem Versehen zu erwachsen drohten, zu sparen, fälschte er nachträglich die Terminsbestimmung 10 Uhr in 9 Uhr um. So der überaus klare Tatbestand. Trotzdem sprach die Strafkammer den Kollegen Vermel frei. Sie ging nämlich davon aus, daß die objektive Urkundenfälschung noch lange keine subjektive Urkundenfälschung darzustellen brauche. Es sei Herrn Vermel zu glauben, daß er im Verfolg einer Sinnestäuschung gehandelt habe. — Das Urteil bedarf wohl keines Kommentars.

Ein ödeles Gefängnis. An die Operette „Fledermaus" erinnerte lebhaft ein Prozeß, der sich dieser Tage vor dem Kreisgericht in Jungbunzlau abspielte. Beim Bezirksgericht in Weißwasser war der Gerichtsdiener Ludwig Schinko mit der Beaufsichtigung der Gefangenen betraut, hatte aber ein weiches Herz für die „Staatspensionäre" und konnte ihnen keinen Wunsch abschlagen, namentlich nicht, wenn zwischen ihren Fingern ein Silberstück hervorblickte. Er entließ sogar seine Gefangenen auf „Ehrenwort" und erlaubte ihnen auch, ihre Strafe ratenweise abzusitzen. Aber eines Tages geriet einer der auf Raten bummelnden Gefangenen unter die Räder eines Wagens und starb alsbald. Der Richter war höchst erstaunt, daß dem Betreffenden, den er in Nummer Sicher wähnte, so etwas begegnen konnte, forschte den Dingen nach — und das Ergebnis war, daß Schinko 2 Monate Gefängnis absitzen muß. Leider nicht in Raten.

Grenzjustiz. Die Strafkammer in Straßburg verhandelte die Offizialklage gegen den verantwortlichen Redakteur Karl Lug vom „Journal d'Alsace Lorraine" wegen verleumderischer Beleidigung der in Elsaß-Lothringen eingewanderten deutschen Beamten. Der Strafantrag war vom Staatssekretär Zorn von Bulach gestellt worden. Ihm hatten sich zwei alldeutsche Beamte angeschlossen. Der Angeklagte hatte in einem Artikel vom 23. Januar die deutschen Beamten als Vampire bezeichnet. Der Gerichtshof erkannte auf einen Monat Gefängnis und Veröffentlichung des Urteils in deutscher und französischer Sprache in vier Zeitungen. Die Blätter sind zu vernichten. Das Gericht nahm als erwiesen an, daß es dem Angeklagten darum zu tun war, die alldeutschen Beamten zu beleidigen. Der Staatsanwalt hatte zwei Monate beantragt.

Aus Nah und Fern.

Weitere Hitzschläge beim Militär. Den gestern von uns mitgeteilten Todesfällen an Hitzschlag auf dem Truppenübungsplatz Arys reiht sich heute ein neuer Fall an. Auf dem Truppenübungsplatz bei Jesten ist während einer Arbeitsübung der Eisenbahnsoldaten der Rekrut Rumpel vom Hitzschlag tödlich getroffen worden. Der Rekrut Krüger ist infolge eines Hitzschlages in das Tempelhofer Garnisonlazarett geschafft worden. — Von zuständiger Stelle wird gemeldet: Am 5. Juni fand nach einer größeren Truppenübung auf dem Übungsplatz Arys fünf Mann der 75. Infanterie-Brigade an Hitzschlag gestorben. Mehrere Leute sind infolge Hitzschlag krank; es besteht jedoch keine Lebensgefahr. Das Unglücksmal ist besonders tragisch, da die Truppe alle Vorsichtsmaßregeln getroffen hatte und die Tagesleistung der Truppe ganz gering war. Die Leute waren vollkommen munter und waren lachend ins Quartier zurückgekehrt. Die Obermachtmeister, die bei fünf Mann den Tod beschleunigten, waren im alten Quartier nach Ablegen der Ausrüstung ein.

In die Tiefe gestürzt. Auf dem Terrain der Gesamtheit Wilhelmshöhe bei Berlin hängten von einem zur Aufstellung eines neuen Kranes errichteten Gerüst einige Bretter und Balken in die Luft und drohten mit in Leipzig anfertige Monteure mit sich. Als sie wurden Hilfsarbeiter ins Krankenhaus gebracht. Der Monteur Johann Kraft ist seinen Verletzungen erlegen.

Vom Blitz erschlagen. In Sumerfelde im Kreise Königsberg-Neumark sind auf einem Felde zwei Schnitter vom Blitz erschlagen worden; ein dritter wurde infolge des Blitzschlages gelähmt. Auch in der Gemeinde Senne in Westfalen sind bei einem heftigen Gewitter ein Fuhrwerkbesitzer und ein Knecht vom Blitz erschlagen worden. Das gleiche Schicksal fand in Kaltenborn ein Bergarbeiter.

Zwei Personen ertrunken. Auf der infolge starken Regenfalles geschwollenen Schwarzen Wern kenterte ein Kahn, in dem sich der Gastwirt Hoppe aus der Ziegelei eines Ausflugsortes bei Hannoversch-Münden und der Arbeiter Schelp aus Laubach befanden. Beide sind ertrunken.

Zusammenstoß zweier Straßenbahnen. Gestern abend sind in Breslau gegenüber dem Hauptbahnhofe zwei Straßenbahnen zusammengestoßen. Dabei wurden zehn Personen teils schwer, teils leicht verletzt. Die Wagen sind schwer beschädigt worden.

Vom Schlachtfeld der Arbeit. Auf Schacht Jakobi 1 der Guten Hoffnungshütte in Bottropp ging am Mittwoch infolge Seilbruchs ein Kübel nieder. Vier Mann wurden schwer verletzt und einer leicht. Einer der Verletzten ist bereits gestorben. Die Ursache des Seilbruchs konnte nicht festgestellt werden.

Mordtat. Im Vorort Rimschweiler bei Zweibrücken überfiel der stellenlose Arbeiter Karl Sponn die 20jährige Tochter der Witwe Mai, mit der er vergeblich ein Liebesverhältnis anzuknüpfen versucht hatte und schlug sie mit einem Knüttel so heftig auf den Kopf, daß sie tot zusammenbrach. Der Mörder konnte ergriffen werden.

Zwei Opfer der Aviatik. Als der Chefpilot Bernard mit der Passagierin Fräulein Amicel mit einem Doppeldecker bei Buc in der Nähe von Versailles niedergehen wollte, überstürzte sich das Flugzeug und zerbrach am Erdboden. Beide wurden getötet.

Mordversuch eines Gendarmeriewachtmeisters. In Kettwig drang der Gendarmeriewachtmeister Reim in die Wohnung einer Rentiere ein und versuchte die Frau zu ermorden, verletzte sie jedoch nur leicht. Er flüchtete darauf und erschoß sich selbst.

Furchtbares Unwetter. Aus allen Teilen des Regierungsbezirks Kassel laufen Meldungen über Unwetterschäden ein. Es werden entsetzliche Einzelheiten gemeldet. Der Schaden beläuft sich auf viele Millionen. **12 Personen haben bei dem Unwetter ihr Leben eingebüßt.** In Kranlucken sind sieben Häuser vom Erdboden verschwunden und eine ganze Familie von 5 Köpfen wird vermißt.

Autounfall. In der Umgegend von Darmstadt überschlug sich das Automobil des Hamburger Kaufmannes Max Puls, in dem sich zwei Herren und zwei Damen befanden. Die Insassen wurden herausgeschleudert, wobei der Chauffeur sehr schwere innere Verletzungen erlitt. Der Besitzer erlitt einen doppelten Oberschenkelbruch. Die anderen Insassen wurden weniger schwer verletzt.

Wolkenbruch bei Koblenz. Ein Wolkenbruch, der Mittwoch abend zwischen Koblenz und Rhens niederging, verwüstete die zwischen den beiden Orten gelegenen Waldtäler vollständig. Die Bahngleise und die Landstraße sind zwei Meter hoch mit Geröll bedeckt. Pioniere und Infanterie sind mit den Aufräumungsarbeiten beschäftigt. Abends um 11 Uhr konnte der erste Zug von Koblenz über Niederlahnstein nach Frankfurt und auf der Strecke Koblenz-Trier abgelassen werden, dagegen kann der Betrieb auf der Strecke Koblenz—Boppard vor morgen nicht eröffnet werden. Auch die Strecke Koblenz-Mayen ist noch nicht betriebsfrei. In Rhens mußten mehrere Leute durch die Feuerwehr aus den obersten Stockwerken der Häuser gerettet werden. Viel Vieh ist ertrunken. Ob Menschen umgekommen sind, ist noch nicht festgestellt. Auf der Königsberger Brauerei stehen die Flaschenbierwagen bis zur Decke in Erdmassen. Bei Kärlich ist ein 70 Jahre alter Mann tot aufgefunden worden, der anscheinend ertrunken und durch die Wassermassen aufs Feld geschwemmt worden ist.

Wie die Kirche Arbeiter brotlos macht. Bei den Renovationsarbeiten der St. Josephskirche in Köln waren auch freiorganisierte Bauarbeiter beschäftigt. Dieser Tage forderte nun der Bauunternehmer Pöttgen diese Leute auf, sich andere Arbeit zu suchen. **Sozialdemokraten dürfte er an einem Kirchbau nicht beschäftigen.** Die freiorganisierten Arbeiter wurden denn auch bald darauf entlassen. Einem Vertreter des Bauarbeiterverbandes gestand der Unternehmer offen, daß er auf Veranlassung des Kirchenvorstandes gehandelt habe. Uebrigens ist reichlicher Grund für die Annahme vorhanden, daß der Kirchenvorstand von dem Christlichen Bauarbeiterverband geschoben worden ist. Auf Betreiben des letzteren werden auch an dem Neubau der katholischen Kirche in Köln-Nippes freiorganisierte Arbeiter nicht beschäftigt. Man holt „christliche" Leute von auswärts heran, während einheimische Bauarbeiter scharenweise arbeitslos sind. Diese Vorgänge erregen unter den Kölner Arbeitern umsomehr Erbitterung, als Zehntausende freiorganisierter Arbeiter Kölns noch der katholischen Kirche angehören und zur Kirchensteuer herangezogen werden.

Wie es in einer Kinderlesehalle zugeht, erzählt die Leiterin der Kreuznacher Kinderlesehalle, eine Kindergärtnerin aus dem Seminar des städtischen Lyzeums, in dem Jahresbericht der Anstalt. Schon am ersten Nachmittag kamen viel mehr Kinder, als man erwartet hatte, nämlich über 100. Die Kinder müssen sich vorher im Nebenraum sehr gründlich die Hände waschen. Dann treten sie an den Büchertisch, manche mit ganz bestimmten Wünschen, andere wollen nur „e Buch", wieder andere „e dickes", einer will ein Kriegsbuch oder Indianerbuch. Am begehrtesten sind Hans Huckebein, Max und Moritz, Robinson und Märchen. Mit ihren Büchern suchen sich die Kinder einen Platz. Sie bringen ihre kleinen Geschwister mit, die sie sonst beaufsichtigen müssen, während die Mutter auf Arbeit ist. Die Kleinen besehen in einem Winkel Bilderbücher. Wenn eine Helferin frei ist, erzählt sie ihnen Märchen, denen sie begeistert zuhören. 150—200 Kinder kommen jetzt im Laufe des Nachmittags; nur gegen Weihnachten war die Zahl etwas niedriger. Als die Lesehalle im Oktober wieder anfing, erklärten einige Kleinere der Leiterin stolz, dieses Jahr wollten sie keine Bilderbücher, sie könnten jetzt gut lesen. Einer, der voriges Jahr oft weggeschickt werden mußte, weil er nicht still sein konnte, hat geheimnisvoll gesagt: „Gell, Sie schicke mich nit fort, awwer Sie misse mer aach e Buch gewwe, wo mer gefällt." Die Leiterin ließ ihn eins auspicken. Er hat Wort gehalten: er kommt fast alle Tage, holt seinem dreijährigen Schwesterchen ein Bilderbuch, liest 1 bis 2 Stunden in seinem Buch und geht dann. Solcher lesenden Stammgäste hat die Lesehalle etwa 30. Fast alle andern blättern viel. Einige können sich nicht konzentrieren, andere nur eine gewisse Zeit stillsitzen. Will man aber ein Kind dann nach Hause schicken, so heißt es oft, es habe keinen Schuhsel, die Mutter putze draußen. Ein großer Junge erbat sich neulich eine Tafel und zeichnete eine Stunde lang an einem Kopf. Bis er fertig war, konnte man genau sehen, daß es der Alte Fritz sein sollte. Der Junge hatte vorher von ihm gelesen.

Wie die Agrarier Feste feiern. Große Bauernhochzeiten mit Prasserei und Schlemmerei scheinen doch nicht so vereinzelte Erscheinungen zu sein, wie die agrarische Presse darzustellen versucht. Bei einigermaßen aufmerksamer Lektüre der Provinzpresse begegnet man sehr oft Berichten über derartige Hochzeitsfeiern. So weiß jetzt wieder die „Osnabrücker Ztg." von einer Bauernhochzeit aus Aschendorf zu berichten, bei der der Gastgeber eine außerordentliche Freigebigkeit zeigte. Über 200 Gäste waren diesmal geladen, die auf einer festlich hergerichteten Scheunendiele mit 300 Pfund Fleisch, einigen Dutzend Hühnern, zahllosen Kuchen, 600 Flaschen Wein sowie großen Mengen Bier und Schnaps bewirtet wurden. Dieses Hochzeitsfest erhielt insofern noch ein für die agrarische Kultur kennzeichnendes Gepräge, als zwischen den Gästen infolge reichlichen Alkoholgenusses eine blutige Schlägerei ausbrach, die einen solchen Umfang annahm, daß die Gendarmerie herangezogen werden mußte. Lange Messer, Steine und sonstige gefährliche Werkzeuge dienten den Streitenden als Waffen. Blutlachen, zerbrochene Fensterscheiben usw. zeigten am anderen Morgen, welchen Folgen übermäßige Schlemmerei führen kann. — Wie würden die Blätter vom Schlage der „Deutschen Tageszeitung" hetzen, wenn Arbeiter sich solche Ausschreitungen zuschulden kommen ließen!

Wahnsinnstat einer Greisin. In Wendischkriez bei Stolow hat die etwa 80jährige Frau Richter gestern früh ihr 4jährige Enkeltochter am Waldrande lebendig begraben. Als das Kind nach einer Stunde von einem Bauern gefunden wurde, konnte der Arzt nur den Tod feststellen. Die Frau erklärte, daß sie auch die übrigen zwei Kinder ihres Sohnes ermorden wollte. Sie ist augenscheinlich irrsinnig.

Eifersuchtsdrama. Die 26jährige Gerberehefrau Dora in Oelsnitz, die seit einigen Monaten von ihrem Mann getrennt in dem bayrischen Grenzorte Rogenau sich aufhielt, wurde von ihrem 44 Jahre alten Liebhaber, dem Ziegeleiarbeiter Schwedinger, aus Eifersucht durch Stiche in die Brust und Zertrümmerung der Schädeldecke ermordet worden; der Täter hat sich erhängt.

Sankt Bureaukratius als „weise Frau". Die große Macht des heiligen Bureaukratius hat schon mancher zu spüren bekommen. Daß der Gefürchtete aber auch in die menschliche Biologie einzugreifen vermag, bewies er kürzlich an einem Bahnarbeiter in Pankow. Der bekam vom Amtsgericht Köln eine amtliche Zustellung folgenden Inhalts:

„Sie werden hierdurch aufgefordert, am 30. dss. Mts. vormittags 9½ Uhr, vor dem königlichen Amtsgericht Köln, Appellhofplatz, Zimmer 206, 3. Stockwerk, Eingang Portal 2, zu erscheinen.

Es wird noch bemerkt, daß Sie nach den angestellten Ermittelungen erst im Oktober ihre Niederkunft zu erwarten haben und daher zum Termin zu erscheinen in der Lage und auch verpflichtet sind.

Herrn Gustav M. in Pankow."

Sollten die „angestellten Ermittelungen" der Kölner Behörde richtig sein, so wären wir um ein wichtiges Naturwunder, für das besonders die Frauenwelt lebhaftes Interesse haben dürfte, reicher.

Einer, der seine Frau verkauft. Aus London wird geschrieben: Als die französisch-englische Entente noch nicht bestand und die Chauvinisten auf beiden Seiten des Kanals die Volksleidenschaften aufpeitschten und alte Vorurteile wach hielten, hieß es in England, daß die Franzosen von Schnecken, Fröschen und ähnlichem Gewürm lebten, und in Frankreich hörte man damals häufig die Versicherung, daß die Engländer sich nichts daraus machten, ihre Frauen zu verkaufen. Die Behauptungen sind natürlich nur groteske Uebertreibungen. Doch wird es manchem neu sein, zu erfahren, daß es in England wirklich vorkommt, daß ein Mann seine Frau verkauft. So erschien am 30. Mai eine junge verheiratete Frau vor dem Magistrat und verklagte einen verheirateten Mann, der nicht ihr Gatte war, auf Alimente. Sie hatte ihren Mann in Yorkshire verlassen, um mit dem Beklagten zu leben. Es entspann sich nun zwischen dem Sekretär des Magistrats und der Frau folgendes Gespräch:

Sekretär: „Warum verließen Sie Ihren Gatten?"

Frau: „Es war eine Art Verkauf; er verkaufte mich an diesen Mann für 20 Schilling."

„Man verkaufte Sie für 20 Schilling?"

„Ja."

„Und waren Sie damit einverstanden?"

Die Klägerin antwortete nicht, sondern lächelte nur.

„Und der Beklagte hat die ganze Zeit für Ihren Unterhalt gesorgt?"

„Ja. Dann gingen wir nach Gouldthorpe und ich lebte mit ihm."

„Nachdem Sie verkauft worden waren?"

„Ja. Nachher ging er nach Hindley, wo ich mich ihm anschloß."

Der Fall wurde an dem Tage nicht erledigt. Er ist übrigens nicht vereinzelt da. Von Zeit zu Zeit beschäftigen sich die Gerichte in den Bergarbeitergegenden mit ähnlichen Fällen. Alle Vorkommnisse dieser Art, die uns zu Ohren gekommen sind, spielten sich wie der vorliegende Fall in Bergwerksgegenden ab. Diese an die Sklaverei mahnenden Frauenverkäufe mögen vielleicht ein Ueberbleibsel aus der nicht allzu fernen Zeit sein, als die Bergarbeiter Großbritanniens noch Sklaven waren (in Schottland wurde zum Beispiel die Sklaverei der Bergarbeiter erst im Jahre 17[illegible] abgeschafft) oder sich in einem Zustand der persönlichen Gebundenheit befanden, der dem der Sklaverei sehr ähnlich war.

Literarisches.

Eingegangene Schriften und Zeitschriften.

„Neue Zeit", Heft 36.

„Erlebnisse eines Weltbummlers". Es ist ein ganz eigenartiges Buch, erfrischend für „Jung und Alt", ein Buch voll Lebenswahrheit und kraftvollen Selbstbewußtseins. Ein klassisches Werk unter den Abenteurer- und Reiseschilderungen, dem Reichsratsabgeordneter Max Winter ein prächtiges Vorwort geschrieben. Von den verschiedensten Teilen der Erde wird von dem „Weltbummler" Erlebtes und Erschautes geschildert. Ungekünstelter Humor ringt selbst dem verbissensten Griesgram ein herzhaftes befreiendes Lachen ab. Aber auch ernste Töne versteht der „Weltbummler" anzuschlagen und greift damit tief ins Menschengemüt. So führt der Verfasser den Leser über die vereisten Goldfelder Alaskas unter die Tropensonne Afrikas und durch die wasserlosen Wüsteneien Australiens. Episoden aus dem Freiheitskampf der Buren, Skizzen aus dem Goldgräberleben usw. fesseln den Leser von der ersten bis zur letzten Zeile. Neben dem gewinnenden Leichtsinn des „Weltbummlers" zieht sich durch das ganze Buch die Ueberzeugung von der Unbesiegbarkeit eines festen Selbstvertrauens. Möge das Buch seinen Weg machen, rastlos wandernd und sich überall gute Freunde erwerbend, wie es der Verfasser zeitlebens getan. Die „Erlebnisse eines Weltbummlers" gelangen in ca. 15 Lieferungen zur Ausgabe. Preis per Heft 10 Pfg. Alle acht Tage gelangt ein Heft zur Ausgabe. Unsere Parteibuchhandlung nimmt Bestellungen an.

Verantwortlicher Redakteur: Johannes Stelling.
Verleger: Th. Schwartz. Druck: Friedr. Meyer & Co.
Sämtlich in Lübeck.

Inserate finden durch den „Lübecker Volksboten" in den Kreisen des werktätigen Volkes weite Verbreitung und größte Beachtung. Wer auf Erfolg rechnet, inseriere im „Lübecker Volksboten"

Fahrrad- und Nähmasch.-Rep.-Werkst.

Alle Fabrikate werden fachgemäß u. billig ausgeführt unter prompter Bedienung. Emaill., Vernick. bill. u. gut.
(63) **Carl Heynert, Lübeck,**
Moisl. Allee 6a. Fernspr. 352.

Ziehung 11. u. 12. Juni 1913

Rote + Lotterie

3667 Gewinne W. M.

100000

Hauptgewinne:

30000

10000

Lose à 3 M., Porto u. Liste 30 Pf. extra, versendet unter Nachnahme

Carl Heintze,
Hamburg, Alstertor. 4819

GEORG A. JASMATZI AKT.-GES.
DRESDEN
Grösste deutsche Cigarettenfabrik

4348

Der Verkauf von

Drogen, Farben, Pinsel, Bürstenwaren,
sowie
Tapeten u. Borden
(4378) 2c. 2c.
in den Räumen **Untertrave 44/4**
findet nur bis zum 5. Juni sta

Die Arbeitsgarderoben
von
Bahr & Umland
— Breite Straße 31 —
sind anerkannt preisw. u. haltba

Zwirnhosen	1.40	bis 3.5
Pilothosen	2.50	bis 5.5
Maurerhosen	2.90	bis 7.5
Gen. Cordhosen	4.00	bis 9.5
Schlosseranzüge	2.80	bis 5.0

Klapp- u. Bauchhosen in all Qualitäten.
Trotz der billigen Preise
(60) rote Lubecamarken.

Meyers Kaffee

in Paketen
aus der Hamburger Kaffee-Import-Rösterei
Hamburg-Freihafen.

Beste Qualitäts-Marke.

Preislage 1.50 bis 2 Mk. p. Pfd. empfiehlt:

Rud. Brincker, (4367
Lübeck, Hüxtertorallee 5. Telephon 360.

Meiereibutter
Pfund 120 ₰
Weißes Schmalz
Pfund 70 ₰
Margarine
Pfund 60, 70 und 75 ₰
Gem. Marmelade
5-Pfund-Eimer 1.40 Mk.
Feste Zwiebeln
2 Pfund 15 ₰
Schweizerkäse
Pfund 80 ₰
Holländer Käse
Pfund 88 ₰
Tilsiter Käse I.
Pfund nur 80 ₰
Schnittig. Fettkäse
Pfund 60 ₰
Pikanter Käse
Pfund 65 ₰
Guter Käse
Pfund 40 ₰
Holsteiner Käse
Pfund 33 ₰
Schinken in Stücken
Pfund 1.35 M
10 Eier 60 Pfg.
Eduard Speck
4390) Hüxstraße 80/82.

Meyers Kaffee

in Paketen
aus der Hamburger Kaffee-Import-Röstere
Hamburg-Freihafen.

Beste Qualitäts-Marke.

Preislage 1.50 bis 2 Mk. p. Pfd. empfiehlt

Ernst Voss, (436
Lübeck, Gr. Burgstraße 59. Telephon 410

Pa. dicke fr. Flomen, b. Abn. v. 2 Pfd. pr. Pfd. 65 ₰
Pa. dicke Rippen zum Braten und zum Füllen Pfd. 80 ₰

Pa. Schweinefl., Bratenst. Pfd.	85 ₰	Pa. junges Rindfleisch . Pfd.	80 ₰
„ Eisbein . . Pfd.	60 und 50 ₰	„ Roastbeef m. Filet . „	90 ₰
„ ger. Schweinsbacken Pfd.	90 ₰	„ Rollfleisch . . . . . „	110 ₰
„ fetten u. magern Speck b. Abn. v. 4 Pfd. Pfd.	90 ₰	„ bestes weißes Schmalz b. Abn. v. 4 Pfd. Pfd.	80 ₰

Kuhfleuter Spezialität seit über 30 Jahren, **pro Pfd. 65 Pfg.**
Karl Lahrtz, vormals M. Lahrtz, (4377 **Böttcherstr. 14-16.**

Sargmagazin H. Horenburg,
Paulstrasse 16. 4391
Einkleidung aller Art. Uebernahme ganzer Beerdigungen. Billige Preise.

Sonnabend und Sonntag geben wir auf jedes Pfund echt holst. vegt. Margarine **Eigelbpflanzenbutter** Marke H. B. Pfund 90 Pfg.
1 gefüllten Rosenkranz gratis.

Garantiert fr. allerfeinste Meierei-Grasbutter Pfd. 1.19 M.
Holsteinisches Butterhaus **Königstr. 48a.** (4384
G. Heinr. Flörke, Komm.-Ges.

Meyers Kaffee

in Paketen
aus der Hamburger Kaffee-Import-Röstere
Hamburg-Freihafen.

Beste Qualitäts-Marke.

Preislage 1.50 bis 2 Mk. p. Pfd. empfiehlt

Bernhard Grube, (436
Lübeck, Lachswehrallee 25. Telephon 2264

Moisling.

Mitglieder-Versammlung des Sozialdemokr. Vereins
Ortsgruppe Moisling,
am Sonnabend, dem 7. Juni,
abends 8½ Uhr,
im Parteilokal „Kaffeehaus".

Tagesordnung:
1. Aufnahme neuer Mitglieder.
2. Vortrag: „Die Volksfürsorge", von Gen. A. Haut.
3. Der diesjährige Parteitag.
4. Bericht vom Kirchenrat.
5. Fragekasten.
6. Verschiedenes.

Der Wichtigkeit der Tagesordnung wegen werden die Genossinnen und Genossen ersucht recht zahlreich zu erscheinen.
4370) **Der Vorstand.**

Das Beste vom Besten! 4372
Ludwig Helm, Fleischerei u. Wurstfabrik m. elektr. Betrieb, Lindenstr. 36.

Konsumverein
für Lübeck und Umgegend
e. G. m. b. H.

Bezirks-Versammlungen
für das Burgtor
Gesellschaftshaus „Marli",
Marlistraße,
für die Stadt
im „Gewerkschaftshaus"
Johannisstraße 50—52 (kl. Saal).
am Montag, d. 9. Juni 1913,
abends 8½ Uhr

Tagesordnung:
1. Bericht vom Genossenschaftsrat.
2. Wahl eines Genossenschaftsratsmitgliedes.

Dem Erscheinen sämtlicher Mitglieder und deren Frauen sieht entgegen
4371) **Der Vorstand.**

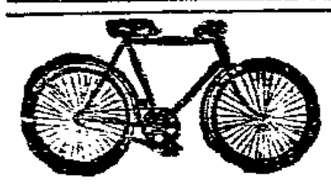
Käselager Hüxstraße 83/85.
Billig! (4384) **Billig!**
Tils. Fettkäse Pfd. 40 u. 50 ₰
Bruch-Käse . . . Pfd. 20 ₰

Kopffleisch (4389
Leberwurst
Knackwurst
Heinr. Viereck, Hüxstraße 96.

Betten, Bettfedern u. a. Betten-Artikel
kaufen Sie billig und reell bei
Markt 4. **Otto Albers** Kohlmarkt 10.
z. B. kompl. Betten v. 12.50 Mk. an, Federn per Pfd. v. 45 Pf. b. 4 Mk.
62) **Rote Lubeca-Marken.**

„Gasthof zum Riesebusch"
Schwartau.

Sonntag, den 8. Juni 1913:
Große Tanzmusik.
Hierzu ladet freundlichst ein
4380 **Gotth. Strunck.**



Corona- u. Göricke Fahrräder

haben sich seit Jahren als leichtlaufend und sehr h bar erwiesen und sind daher allen Radfahrern als b Räder sehr zu empfehlen.

Th. Vedder, Friedenstraße
Fahrradhandlung und Reparatur-Werkstatt.

Meyers Kaffee

in Paketen
aus der Hamburger Kaffee-Import-Rösterei
Hamburg-Freihafen.

Beste Qualitäts-Marke.

Preislage 1.50 bis 2 Mk. p. Pfd. empfiehlt:

Otto Trepkau, (4366
Lübeck, Fleischhauerstr. 11. Telephon 867.

Meyers Kaffee

in Paketen
aus der Hamburger Kaffee-Import-Röster
Hamburg-Freihafen.

Beste Qualitäts-Marke.

Preislage 1.50 bis 2 Mk. p. Pfd. empfiehl

W. John, (43
Lübeck, Schüsselbuden 5. Telephon 115

HOLSTENHAUS

G. m. b. H. **Lübeck** Holstenstr.

Für je 20 Pfennig Ihres Einkaufs eine Rabattmarke

4382

Leichte Sommer-Konfektion zu staunend billigen Preisen

Weiße Blusen in Seidenbatist und Stickerei	1.95	2.50	2.95	3.50
Elegante weiße Blusen in Wasch-Voile und Seidenbatist	3.95	4.80	5.45	6.75
Sommer-Jacketts in Popeline, hell und dunkel modefarbig	9.75	12.50	13.75	15.50
Sommer-Mäntel in Popeline und Alpaka	14.50	16.50	19.75	21.00
Weiße Kleider in Seidenbatist und Stickerei	9.75	12.50	14.50	16.75
Elegante weiße Kleider in Waschvoile und Seidenbatist	15.50	19.75	23.00	26.00
Wasch-Kostüme weiß und bastfarb. aus Leinen u. imit. Shantung	16.75	21.00	24.00	28.00
Elegante Wasch-Kostüme aus Frotte, Rips	22.50	28.00	33.00	48.00
Wasch-Unterröcke aus gestreift. imit. Wiener Leinen	1.25	1.95	2.40	3.50
Wasch-Unterröcke aus gemust. Satin u. einfarb. Leinen	2.50	3.75	4.50	6.50
Kinder-Kleidchen aus Batist u. Stickerei, für das Alter v. 1—4 Jahren	2.95	3.50	4.50	5.25
Mädchen-Kleider aus Mull u. Seidenbatist, f. d. Alt. v. 2—14 Jahren	3.75	6.50	9.75	14.00
Loden-Capes für Damen und Herren. Echt bayerisches Fabrikat mit Kapuziner-Kragen	9.75	11.50	14.50	16.00
Bozener Mäntel für Damen und Herren, aus wetterfesten braun und grau meliert. Strichloden	16.00	19.50	21.00	28.00

Damen-Schnürstiefel Derbyschnitt Chevreau imit. mit und ohne Lackkappe . 5.50

Damen-Halbschuhe Derbyschnitt mit Lackkappe . 6.50

Herren-Schnürstiefel Rindbox, auch im Derbyschnitt . 7.25

Herren-Schnürstiefel Chevreau imit. mit und ohne Lackkappe . 8.50

Lebensmittel bester Qualität.

Neue Schabekartoffeln	2 Pfd.	25 ₰
Matjesheringe	3 Stck.	25 ₰
Stangenspargel	Pfd.	55 ₰ 40 ₰
Jung. Wirsing- u. Spitzkohl		15 ₰
Blumenkohl	Kopf	30 ₰ 25 ₰
Junger Spinat	Pfd.	9 ₰
Salat-Gurken	Stck.	20 ₰ 15 ₰
Junger Kopfsalat	2 Kopf	9 ₰
Gelbe Bananen	10 Stck.	58 ₰
Zitronen	10 Stck.	58 ₰

Frische Wurstwaren

vorzüglicher Qualität — auf Eis lagernd.

Frische Blutwurst	Pfd.	60 ₰
Frische Sülze Hausmacherart	Pfd.	70 ₰
Delikatess-Sülze m. Cornich.	Pfd.	80 ₰
Frische Leberwurst	Pfd.	70 ₰
Gekochte Mettwurst	Pfd.	80 ₰
Grobe geräuch. Mettwurst	Pfd.	1.20

Fruchtsäfte Erdbeer, Kirsch, Zitronen etc. Flasche 1.30 und 70 ₰

Ia. junges Rindfleisch Bratenstücke Pfd. 80 u. 90 ₰	Pfd.	75 ₰
Ia. junges Schweinefleisch Bratenstücke Pfund 85 ₰	Pfund	70 ₰
Ia. junges Kalbfleisch Bratenstücke Pfund 85 ₰	Pfund	65 ₰
Rind- und Schweine-Hack	Pfund	90 ₰

Mariechen Tiedemann
Leander Anderson
Verlobte. (4374
Lübeck, 5. Juni 1913.

Freie Jugend Lübecks.

Am Donnerstag starb infolge Unfalls unser Jugendfreund

Franz Wesemann

im Alter von 17 Jahren.

Ehre seinem Andenken!

Die Beerdigung erfolgt am Sonnabend, nachmittags 1½ Uhr, von der Kapelle des Burgtorer Friedhofes aus. (4386

Der Jugendausschuß.

Am Donnerstag [illegible] mittags 12¾ Uhr [illegible] nach langer schwerer Krankheit meine [illegible] treue Frau und meiner Kinder treusorgende Mutter

Johanna Heick,
geb. **Böttcher,**

im 68. Lebensjahre. (4388

Johannes Heick u. Kinder.
Fritz Böttcher und Frau.
Joh. Ritter und Frau,
geb. Böttcher.

Die Beerdigung findet am Montag, dem 9. Juni, nachm. 3½ Uhr, vom Vorwerker Friedhof aus statt. Trauerfeier 3 Uhr.

Gesucht zum 1. Juli eine (4382
2—3-Zimmer-Wohnung
n. d. Hinter- od. Vorgarten im Preise b. 250 Mk. Ang. m. ½ K. e. d. Exp.

Schwarzer Frack mit Weste
billig zu verkaufen. (4387
Stiftstraße Johannisstr. 56.

Ein Kinderwagen auf Gummi und eine große **Ladeinsatz** billig zu verk. (4384 Stockstr. 11, 2. Et.

Gebraucht m. Oberlicht 250×194 br. Kinderfenster 2,55×194 br., 4 Zum-Zimmer mit eisern. Gelinder. (4379 Schützenstr. 22c, 1. Et.

Ein fast neuer Trauerhut
zu verkaufen. (4375
Engelsgrube 15, II.

Visitenkarten empfiehlt die Buchdruckerei von Friedr. Meyer & Co.

Konsumverein für Lübeck u. Umgegend.

Abteilung für

Manufakturwaren

111 Königstrasse 111

empfiehlt den werten Mitgliedern für die jetzige Jahreszeit als besonders preiswert.

Sommer-stoffe

Zephyr, gestreift, waschecht.
Mousseline in Wolle
Mousseline in Baumwolle } mit schönen Bordüren.
Farbige Satins
Weisse Batiststoffe, gestickter Mull.

Waschröcke, Russenkittel, Badeartikel, Rucksäcke

Macco-Hemden, Hosen, Strümpfe, Socken

Steppdecken
in verschiedenen Preislagen.

Kadetts für Knaben-Anzüge. | Oxfords und Flanelle für Sporthemden.
Damen-Handschuhe. | Netzjacken für Damen.

Einsatz-Hemden
praktischer Ersatz für Oberhemden. (4381

Guterhalt. Sitz- u. Liegewagen
mit Nickelgestell u. Gummi zu verk.
4379) Loignystr. 8, Hinterh. pt.

Wanduhren, (4395
Taschenuhren,
Goldwaren,
Verlobungsringe.
Willi Westfehling,
32 Holstenstrasse 32

Billig! Käse! Billig!

Sehr feiner Schweizer	95 ₰,	105 ₰
Hochfeiner Rahmtäle	95 ₰,	110 ₰
Fett u. vollf. Tilsiter	75 ₰,	90 ₰

4398) Fleischhauerstr. 48.

Carl Folkers Möbelmagazin

25 Marlesgrube 25.

Vollst. Wohnungseinrichtungen.

Selbstgefertigte Arbeiten.
Größte Auswahl.
1) **Billigste Preise.**
Weitgehendste Garantie.

Zimmereinricht. stets vorrätig.

Lieferung frei Haus auf eigenem Möbelwagen.
: Teilzahlung gestattet :
Bei Barzahlung Rabatt.
Gebe rote Lubeca-Rabattmarken.

Lübecker Sommer-Theater
i. d. Stadthallen. Dir. Ernst Albert.
Sonnabend, den 7. Juni:
Hasemanns Töchter.
Hasemann . . Julius Heydecker.
Sonntag, den 8. Juni:
Die erfolgreiche Lustspielnovität:
Die Generalsecke.
4383) Anfang stets 8¼ Uhr.

2. Beilage zum Lübecker Volksboten.

Nr. 130. Freitag, den 6. Juni 1913. 20. Jahrg.

Die deutschen gewerkschaftlichen Zentralverbände auf der Bausachausstellung in Leipzig.

II.

Die Sonderausstellungen der **Holzarbeiter und der Metallarbeiter auf der Internationalen Bausachausstellung.**

Zeigt die gewerkschaftliche Sonderausstellung schon rein äußerlich den festen Willen der Arbeiterorganisationen, bestimmend und fördernd auf die Gestaltung des Bauarbeiterschutzes einzuwirken, so wird diese Absicht noch wesentlich unterstützt durch die im Innern des Gewerkschaftsbaues angehäuften Modelle, Bilder, Statistiken, Eingaben und sonstige auf den Bauarbeiterschutz bezügliche Schriften.

Zwei im Parterre des Gewerkschaftsbaues gelegene Räume sind vom Deutschen Holzarbeiterverband belegt worden. In dem vorderen Raume sind verschiedene Holzbearbeitungsmaschinen mit den für solche Maschinen erforderlichen Schutzvorrichtungen und mit Entstäubungs- und Spähneabsauganlagen versehen. Im zweiten Raume wird noch besonders nachdrücklich dargestellt, wie notwendig dieser Schutz an den Maschinen ist. Schon die Bilder aus Holzbearbeitungsfabriken machen es verständlich, wie groß die Unfallgefahr der zu kleinen, zu engen, teilweise zu dunklen Räume mit all ihren Mängeln an den maschinellen Einrichtungen sein muß. Aber ein weiterer Blick auf die zahlreichen Abbildungen der durch Unfall an Holzbearbeitungsmaschinen verursachten Verletzungen der Maschinenarbeiter läßt auch die letzten Zweifel an der bestehenden Gefahr schwinden. Diese verstümmelten Hände zeigen besser als alles andere die Gefahren, der die Arbeiter an Holzbearbeitungsmaschinen ausgesetzt sind, und wie anklagend und drohend recken sich die übrig gebliebenen Fingerglieder empor, gleichsam beschwörend, von dem wahnsinnigen Treiben, von dem frevelhaften Spiel mit den Gliedmaßen der Arbeiter abzulassen.

Da wird im Bilde die Abstimmung in einer Versammlung Berliner Maschinenarbeiter dargestellt. Die versammelten Arbeiter haben die Hände hoch erhoben, Hände, die fast alle mehr oder weniger verstümmelt sind. Es ist, als ob man diesen klagenden Arbeitern die dem Bilde beigegebenen Worte vom Munde ablesen könnte: „Im Namen der Hinterbliebenen unserer Berufsgenossen, die die Maschinen erschlagen, der Tausende von Kollegen, denen sie ihre gesunden Glieder zermalmt, im Namen der gesamten Maschinisten und Säger, die täglich den drohenden Gefahren entgegentreten müssen, erheben wir unsere Forderungen in dem Bewußtsein, mitzuarbeiten an einem gemeinsamen Werke sozialer Fürsorge, Humanität und Menschlichkeit.“

Aber nicht nur bei den Maschinenarbeitern zeigt sich die Mangelhaftigkeit des bestehenden und die Notwendigkeit eines besonderen Arbeiterschutzes. Auch in anderen Branchen ist das gleiche zu verzeichnen. Wenn man an den ausgestellten Modellen sieht, in welcher gefährlichen Lage oft die Jalousiearbeiter um ihr tägliches Brot ringen müssen, und wenn man durch dementsprechende Schutzvorrichtungen überzeugt wird, wie verhältnismäßig leicht eigentlich besonderen Gefahren vorgebeugt werden kann, dann wird man es unverständlich und unverzeihlich finden, daß immer noch mit Gut und Blut und mit Leben und Gesundheit der Arbeiter gespielt wird.

Im gleichen Raume befindet sich noch eine interessante Sammlung von Proben des bei der Bearbeitung der verschiedenen Holzarten entstehenden Staubes, sowie Verbandkästen und verschiedene andere Sicherheitsmaßnahmen. Die Ausstellung des Deutschen Holzarbeiterverbandes ist entschieden sehr wirkungsvoll, und wer Einblick genommen hat in die hier geschilderten Zustände,der wird es nur mit lebhafter Genugtuung empfinden, wenn er auf den aushängenden Plakaten liest, daß es dem Holzarbeiterverbande gelungen ist, erfolgreich auf Besserung hinzuarbeiten. Wenn von 1893 bis 1911 der wöchentliche Lohn um durchschnittlich 9,56 Mk. gestiegen und die Arbeitszeit um 6,1 Stunden verkürzt werden konnte, so trägt auch das ganz bedeutend mit zur Herabminderung der Unfallgefahr bei.

Den Räumen des Holzarbeiterverbandes gegenüber befindet sich die Ausstellung des Deutschen Metallarbeiterverbandes. Hier sind es vor allem die gewaltigen Eisenkonstruktionsbauten der Neuzeit, die Brücken- und Hallenbauten, die den Metallarbeiter zwingen, energisch einen besseren Bauarbeiterschutz zu fordern. Zwei selbsttätig einschaltende Lichttableaus geben eine Anzahl solcher Bilder wieder, die noch durch verschiedene Einzelphotographien vermehrt werden und aus denen ersichtlich, wie in den starren, zu beträchtlicher Höhe emporstrebenden Eisengerippen die einzelnen Arbeiter wie winzige Lebewesen sich bewegen, oft so hoch, daß sie dem Auge kaum sichtbar sind und fast immer ohne den selbverständlichsten Schutz. Auf hoch in den Lüften freihängenden eisernen Trägern stehen die Arbeiter ohne die geringste Sicherung, es fehlen Standgerüste und Abdeckungen der einzelnen Etagen, ein Fehltritt oder ein Fehlgriff muß unbedingt zum tödlichen Absturz führen. Das sieht jeder Laie, warum sehen das die Unternehmer und Behörden nicht, warum muß in so frevelhafter Weise Leben und Gesundheit der Arbeiter aufs Spiel gesetzt werden? Dazu kommt noch, daß es sich bei all diesen Bauten wahrlich nicht darum handeln kann, des Kostenpunktes wegen von genügenden Schutzvorrichtungen abzusehen. In neuerer Zeit werden diese großen Eisenkonstruktionsbauten noch durch die Luftschiffhallen vermehrt. Aber auch bei diesen zeigt sich jene unverantwortliche Nachlässigkeit an Mangel genügender Schutzvorrichtungen. So waren nach den Bildern, die der Metallarbeiterverband vorführt, bei dem Bau der Luftschiffhalle in Potsdam die Rüstungen der Eisenkonstruktionsarbeiter vollkommen ungenügend und entsprachen in keiner Weise den Unfallverhütungsvorschriften; Abdeckungen und Fanggerüste fehlten. Auch die Leipziger Luftschiffhalle wurde ohne Gerüste oder sonstige Schutzvorrichtungen ausgeführt. Kein Wunder, daß es dann bei solchen und ähnlichen Bauten nicht ohne den Verlust von Menschenleben abgeht.

Die hier und da unter Laien verbreitete Ansicht, daß an solchen Eisenbauten wirksame Schutzgerüste nicht anzubringen sind, ist entschieden falsch und durch die Praxis widerlegt. Auch der Deutsche Metallarbeiterverband weist auf der Ausstellung treffend nach, wie selbst bei den umfangreichsten und schwierigsten Eisenkonstruktionsbauten ein in jeder Beziehung hinreichender Schutz geschaffen werden kann. Er hat ein fahrbares Gerüstmodell aufstellen lassen, das sich unter den Gliedern eines Brückenmodells bequem hin- und herbewegt und gar keinen Zweifel an seiner Zweckmäßigkeit aufkommen läßt.

Die Riesenbauten sind es freilich nicht allein, die fortgesetzt Opfer an Arbeitergliedern und Arbeiterleben fordern. Beim gewöhnlichen Häuserbau können die Metallarbeiter gleichfalls lebhafte Klagen anstimmen. Vor allem sind es hier die Klempner, die bei halsbrecherischen Dacharbeiten oft genug des notwendigen Schutzes entbehren müssen. Die Unfallgefahr der Klempner ist denn auch sehr groß, wie z. B. aus den Nachweisungen der Ortskrankenkasse der Klempner in Berlin hervorgeht. Danach erlitten von je 1000 Klempnern, die Mitglieder der genannten Kasse waren, 82,4 einen Betriebsunfall. Dazu kommen noch eine Anzahl besonderer Berufskrankheiten der Klempner, insbesondere Rheumatismus, Magen- und Darmleiden, Erkrankungen der Atmungsorgane und Bleivergiftung.

Gewerbekrankheiten der Bauarbeiter.

Ueberhaupt spielen im Baugewerbe neben der Unfallgefahr die Berufskrankheiten eine wesentlich größere Rolle, als man in der Regel anzunehmen geneigt ist. So zeigen die Maler an einigen Bildern die Folgen der Bleivergiftung. Es ist nicht viel, was hier gezeigt wird, aber es wirkt so gewaltig und spricht für sich selbst, wie es selbst in dickleibigen Büchern besser nicht geschildert werden könnte. Lähmung der Muskeln, Verkrüppelung der Hände, Ausschlag an Händen und selbst im Gesicht, das sind die vorhandenen Folgen der Bleivergiftung. Gewiß bestehen auch hier Arbeiterschutzvorschriften, aber wie sie eingehalten werden, zeigt die tägliche Praxis, zeigen insbesondere die Opfer. Es bleibt demnach ein Verdienst der Malerorganisation, daß sie die Gelegenheit benutzt hat, um erneut und nachdrücklichst auf diese Gewerbekrankheit hinzuweisen.

Zu den Gewerbekrankheiten gehört auch die sogenannte Maurerkrätze. Der Bauarbeiterverband hat durch mehrere photographische Aufnahmen die Folgen dieser Krankheit zur Darstellung gebracht. „An der Stelle, wo die Haut mit dem ätzenden Zement in Berührung gekommen ist, wird die Haut rissig, platzt auf, ist gerötet, schmerzt und juckt manchmal. Aus den Einrissen tritt Körperflüssigkeit aus, welche eintrocknet und dicke Borken bildet.“ Daß nur empfindliche Häute für die Maurerkrätze in Betracht kommen und daß von etwa 100 Maurern nur etwa einer von dieser Krankheit befallen wird, mag zwar wie ein Trost klingen, beweist aber in Wirklichkeit, daß die Gesamtzahl der hiervon Befallenen garnicht so unerheblich ist.

Die Ofensetzer klagen wieder über andere Krankheitserscheinungen. Bei ihnen kann Rheumatismus eigentlich als Berufskrankheit gelten, denn 13,43 Proz. aller Erkrankungen fallen hierunter. Daher die Forderung der Töpfer nach Schutz gegen Zugluft. Dann kommen die Erkrankungen der Atmungsorgane mit 15,50 Proz. und weiter Verletzungen, Verstauchungen und Knochenbrüche, die 13,20 Proz. aller Erkrankungen ausmachen und damit den Beweis erbringen, daß die Unfallgefahr im Ofensetzgewerbe immerhin recht erheblich ist.

Bekannt ist die verhältnismäßig große Zahl der Lungenerkrankungen unter den Steinarbeitern. Nach den statistischen Nachweisen des Vorstandes des Steinarbeiterverbandes übersteigt die Berufskrankheit der Steinarbeiter (Lungenerkrankung durch Staubeinatmung) um das Deppelte die Betriebsunfälle. In den Jahren 1894 bis 1909 entfielen von 18 178 gemeldeten Erkrankungen 36,3 Proz. auf Hals- und Lungenkrankheiten und 18,4 Proz. auf Verletzungen im Betriebe. Noch deutlicher kommt der Umfang der Berufskrankheit bei den Todesfällen zum Ausdruck. Vom 1. Juli 1901 bis 30. Juni 1912 sind bei dem Verbandsvorstand 1723 Sterbefälle mitgeteilt worden, davon waren 3,4 Proz. die Folge von Unfällen im Beruf, 19,3 Proz. die Folge anderer Erkrankungen und 77,3 Proz. die Folge von Lungenerkrankungen durch Staubeinatmung. Grund genug für die Steinarbeiter, um besseren Schutz für Leben und Gesundheit zu fordern. Ursache zu der Berufskrankheit bildet zumeist das zu verarbeitende Material und die hierbei erzeugte Staubentwickelung. Es mag noch an dieser Stelle erwähnt werden, daß der Verbandsvorstand der Steinarbeiter eine sehr interessante Gesteinausstellung veranstaltet hat. Diese Sammlung enthält nahezu 200 verschiedene Arten der für die Steinindustrie wichtigsten Gesteine. Ein ausführlicher Spezialkatalog führt die einzelnen Stücke namentlich auf.

Die Bauarbeiterschutzkommissionen.

Daß sich auch eine Anzahl Bauarbeiterschutzkommissionen an der Ausstellung beteiligt hat, ist gewiß sehr erfreulich und zeugt von einer gewissen Regsamkeit der Bauarbeiter in den einzelnen Landesteilen. Haben doch gerade die Bauarbeiterschutzkommissionen Anspruch, als besonders sachkundig zu gelten dadurch, daß sie ihre ganze Kraft und Zeit ausschließlich der Förderung des Bauarbeiterschutzes widmen, daß sie bei den Kontrollen der Bauten Mißstände aufdecken und in Eingaben an die Landes- und Ortsbehörden die Sache der Bauarbeiterschaft führen. Sie bilden im Interesse des Bauarbeiterschutzes die wichtigste Einrichtung, eben deshalb erfreuen sie sich aber nicht gerade des Wohwollens der Unternehmer.

Die Ausstellung dieser Kommissionen erstreckt sich auf Photographien, die da zeigen, wieviel bei Bauten in bezug auf Arbeiterschutz gesündigt wird, und auf Modelle, an denen die Schutzvorrichtungen, wie sie sein sollen, gezeigt wird. Ein Musterstück dieser Art ist unzweifelhaft das von der Hamburger Bauarbeiterschutzkommission aufgestellte Gerüstmodell, das angefertigt ist nach den Vorschriften der Hamburger Baugewerksberufsgenossenschaft. Dazu gehört das Modell einer Musterbaubude. Innen- und Außengerüste werden, wie bei dem Hamburger Modell, auch an dem von der Leipziger Bau-

---

Steuermann Worringer.

Novelle von Louise Schulze-Brück.

(11. Fortsetzung.) (Nachdruck verboten.)

Den mußte er einlassen. Er war bei Greta gewesen. — Und während er ihn lobte und seine mutige Aufopferung pries, deutete er vorsichtig an, daß die junge Frau doch sehr erschöpft sei — ja sehr — und so sehr aufgeregt, und daß sie Ruhe haben müsse. — Daß er vielleicht doch — hm — ein wenig — nun ja, ein wenig zu streng gegen sie gewesen sei. Gewiß sei sie ein Weltkind, die Margareta — aber im Grunde doch eine brave Frau — und es sei wohl das Beste, wenn sie einige Zeit — hm — bei ihrer Mutter bleibe. Gewiß, dann würde alles wieder gut werden, und er, der Pfarrer, werde seinen ganzen Einfluß nach dieser Richtung aufbieten, damit alles wieder ins rechte Geleis komme und — hm — keine Trübung der Ehe —

Worringer ließ ihn nicht ausreden. Ihm war alles recht. Sie möge nur dort bleiben, sie und das Kind. So lange sie wolle. — Und natürlich, seine Schwiegermutter habe ja selbst nicht viel zu beißen und zu brechen, ob der Pfarrer nicht von ihm —

Aber der wehrte ab. „Nein, nein, lieber Worringer, das machen Sie mit Ihrer Schwiegermutter ab. — Und verzagen Sie nicht. Kranke Frauen haben seltsame Launen. Es wird schon alles wieder gut werden. Alles gut. Ich hoffe es zuversichtlich.“

Er ging. — Steuermann Worringer sah ihm durchs Fenster nach. — Alles gut werden! Nein, es würde nie mehr gut werden. Er hatte seine Frau verloren für immer.

Wenn sie wirklich wieder zu ihm kam, zurückgezwungen zu ihm, was war das für ein Leben. Sollte er wieder mit den Brocken vorlieb nehmen, die abfielen für ihn, bis jetzt abgefallen waren von ihrer Gleichgültigkeit? — Jetzt fürchtete sie ihn, haßte ihn. — Und er! Er stöhnte und riß sich in Verzweiflung das Haar. Er wollte mehr! Hatte immer mehr gewollt! Ihre Liebe hatte er gewollt, jetzt wußte er's! — Jetzt wußte er, was in ihm gebohrt hatte und gewühlt und ihn verrückt gemacht.

Nun war kaum ein Tag vorüber seit dem Geschehnis. Ihm schienen es Jahre zu sein, endlose qualvolle Jahre. Wie lange würde er das aushalten, die Not, die Pein!

Wie lange die laute Stimme hören, die in seinem Innern schrie.

Daß er kein Mörder war, war ihm kein Trost. Der Georg Hessemer war außer Gefahr. Er hatte ihn bitten lassen, morgen zu ihm zu kommen. Auch das noch. Und er mußte gehen! Was hätte man gesagt, wenn er nicht hingegangen wäre? Er fürchtete sich — er, der Worringer, hatte blasse Furcht. Er hätte die Minuten dehnen mögen, die hinflogen und doch so lang waren, so lang. —

Die Nacht erschien ihm endlos. Und als er am Morgen aufstand, fühlte er, daß seine Knie unter ihm zitterten. — Aus dem Spiegel sah ihm ein ganz verwüstetes Gesicht entgegen — holwangig mit eingesunkenen, fieberglühenden Augen. Die Fahrt nach Caub erfrischte ihn nicht. Der Anblick des Wassers regte ihn auf, machte ihn krank.

Gegen Mittag war er im Wartezimmer des Hospitals. Und wie im Traum ging er über die langen Gänge, bis er vor der Tür des Zimmers stand, in dem Georg Hessemer lag. Da raffte er sich mit Gewalt zusammen. Es mußte sein.

Vom Bett her streckte sich ihm eine Hand entgegen. Georg Hessemers Gesicht leuchtete ihn förmlich an.

„Worringer! Des is scheen, deß de kimmst. Ich hawwe eher kä Ruh, bis ich mit dir geredd hawwe! — Un mich bedankt hawwe! Deß grad du mich erausgeholt hoscht! — Grad du! — Des wär ich dir ewig gedenke, un wann ich hunnert Johr alt werd! Mer lebt doch gern, wann mer noch jung is. — Se hawwe mer erzählt, wie du mit Stiwweln un Spore ins Wasser enein bis! — Des vergeß ich dir net, siehschte! Un des du mich enausgeholt hoscht, wo ich aach noch des Greta hawwe ennüwergeschafft — guck, wann de mich hättst elendig versaufe losse, da hätt ich der's net emol arig iwwel nemme kenne“ — ein Schalk fuhr einen Augenblick lang über sein Gesicht — „häßt des, wann ich's gewahr worde wär. — Un siehschte“ — der junge Mann richtete sich im Bett auf, das blasse Gesicht färbte sich rot — „siehschte deswege hawwe ich aach kä Ruh gehott, bis ich mit der hawwe redde könne! Ich muß der's sage, daß de nix Unrechts denkst vum Greta. — Un aach vun mir net. — Wo ich der mei Lewe schullig bin worde, will ich net aach noch sunscht in deiner Schuld bleiwe. 's Greta is bei mich komme in seiner Angst un Verzweiflung un hot sich an mich gehängt un is ganz vun Sinne gewese. — „Du“ — er stockte einen Augenblick, dann fuhr er entschlossen fort — „du, du wärscht so schroo mit em gewese un hättst's ingesperrt, un sei Mutter hätt's eweggeschickt, un es wollt ins Wasser gehe, weil's net wißt, wohin. Un do, wie ich em zugeredd hawwe, do is es 'm ingefalle, deß es wollt uff Schierstein bei sei Schwester! Un weil's geziddert un gebewert hot vor Ängscht, daß du hämkäämst, do hawwe ich gesagt, ich wollt's eniwwerfahre! — Awwer ich kann der's schweere — mit 'me heilige Eid — deß mer nix Unrechts gedohn hawwe — un nix Unrechts vorgehott. — Ich hawwe nix weider gedenkt, als daß ich des arme Ding nor fortbring, dir aus dä Aage — nix weider.“

Er legte sich zurück in die Kissen und atmete schwer. — Dann fing er zögernd mit leiser Stimme wieder an. „Guck, ich will der alles sage! — Wie's Greta komme is — eso außer sich un versteert — do is mer alles widder eigefalle, was ich finf Johre vergesse hawwe. Do hawwe ich gedenkt, daß, wann du net komme wärscht un hättst die Alte verblend' un beredd, do wär's Greta jetzt mei Fraa! — Un ich däht's uff de Hänn trage und däht em ä schee Lewe mache! Un wann du dogewese wärscht — ich glaab, ich wär dir an die Gorgel gesprunge in mei'm Zorn. Des mußt du mer net iwwel nemme! Un guck, wann du — wann du ä bißche gut gege's Greta wärscht — nor ä bißche — do däht ich for dich dorch dick un dinn gehe — un dir wäre aach geholfe un'm Greta aach!“

Er mußte still sein — er war sehr erschöpft. — Mit einer Art von Scheu sah er nach dem Mann hin, der da so blaß und finster an seinem Bette saß. — Aber es war ihm leichter, seit er alles heraus hatte, was seine Seele bedrückte. Aber als Steuermann Worringer ganz stumm blieb, wurde er unruhig.

„Wie des nur komme is,“ sagte er erregt, „wie des nor komme is? Ich kann mer kei Vers druff mache, gar känne. Dei Rache, de is doch ganz fest un stark. Freilich, am Pingschsamsdag, wie ich in Rüdesem die Kiste ingelaade hawwe, da is ään orntlich uffgestumpft uff de Boddem vum Rache. — Es is mer aach gewese, als wann was gekracht hätt. Awwer ich hawwe kä Zeit gehott, for nachzuguckc, un wie ich eniwwer komme bin, do hot ich's vergesse. — Sicher is do ä Planke losgange. Un wie ich's Greta eniwwergefahre hawwe, do hot mei Sack mit'm Greta sei Sache grad vor mer uff'm Bodde gelege, do hawwe ich nix sehe kenne! Uff ämol is da Sack naß worde, des Bubche hot gerufe: „Mamma naß,“ un do is aach schun's Wasser enoi komme wie aus 'me Brunne!“ Er schauerte zusammen.

Steuermann Worringer atmete tief und lang auf. Dann sagte er hastig: „Wer kann's wisse. 's is jo noch gut ausgange! Dorum mach dir kä Koppzerbreche! — Wenn was bassiert wär, jo do — do kennt mer sich drum bestinne. Awwer so! — 's is jo ganz egal, ganz egal. Nor —“

Er hielt inne.

„Nor,“ sagte der Georg Hessemer ängstlich.

„Nix, nix! Mer kimmt uff allerläa Gedanke. — Wann ich unne bliwwe wär, im Wasser! — Des hot mer oft, daß äner, dä ä annere rett, dann unnergeht un selwer vertrinkt. Do wär's in Ordnung gewese, alles.“

„Jesses Morjejosepp,“ rief Georg Hessemer erschrocken. „Worringer, redd net eso was! 's ganze Lewe hätt ich jo kä guhde Stunn meh gehott. Un's Greta aach net. Do hätte mer jo dei Lewe uff'm Gewisse gehott. — Na — wie kannschte nor so Zeig redde!“

(Fortsetzung folgt.)

arbeiterschutzkommission aufgestellten Modell gezeigt und zwar hat man sich bei dem letzteren den Vorschriften der sächsischen Baugewerksberufsgenossenschaft angepaßt. Die Breslauer Bauarbeiterschutzkommission hat ein Stangengerüst für Putzarbeiten zur Ausstellung gebracht und von der Berliner Bauarbeiterschutzkommission ist ein größeres Modell angekündigt worden. Gerade diese Modelle werden das Interesse der Nichtfachleute erwecken, weil sie im Zusammenhang ein Bild geben von dem gesamten Bauarbeiterschutz außerhalb wie innerhalb eines Baues, und weil sie dadurch ganz besonders wirksam dazu beitragen können, das Verständnis für die Einzelheiten der Gesamtausstellung zu erhöhen.

An diesen Modellen wird eigentlich alles dargestellt, was auf den Bauarbeiterschutz Bezug hat. Außen- und Innengerüste für die verschiedenen Bauberufe, Baubuden, Abort- und Waschanlagen und sonstige sanitäre Einrichtungen. In der Konstruktion freilich sind die Gerüstteile an den Modellen verschieden, weil von jeder Kommission das wiedergegeben wird, was nach den Vorschriften der für den betreffenden Bezirk zuständigen Baugewerksberufsgenossenschaft zu geschehen hat. Das regt natürlicherweise zu Vergleichen an zwischen den nach den Vorschriften der Berufsgenossenschaften angefertigten Gerüstmodellen und den in natürlicher Größe angefertigten Mustergerüsten am Bau der Gewerkschaften. Ein solcher Vergleich wird, was Zweckmäßigkeit und Sicherheit der Einrichtungen anbetrifft, auf jeden Fall zugunsten des gewerkschaftlichen Musterbaues ausfallen müssen.

Ob die Unternehmer aus diesen Tatsachen lernen, bleibt allerdings sehr fraglich, wünschenswert wäre es aber, wenn die Behörden an solchen Dingen nicht achtlos vorübergehen würden. Wie sich aber auch späterhin die Dinge gestalten mögen, so steht doch schon jetzt fest, daß das Zustandekommen der gewerkschaftlichen Ausstellung einen Erfolg der deutschen Gewerkschaften bedeutet, dessen sie sich mit vollem Recht rühmen können.

Gewerkschaftsbewegung.

Nach dem Kampfe im Malergewerbe. Die Schwierigkeiten, die die Scharfmacher nach Abschluß des neuen Reichstarifvertrages durch die beiderseitigen Organisationen des Malergewerbes noch machten, sind nun im allgemeinen überwunden. Nur der Gau Rheinland-Westfalen des Unternehmerverbandes hat sich zurzeit noch nicht gefügt, obwohl der Vorstand des Unternehmerverbandes dem Verband der Maler offiziell mitteilte, daß sich nunmehr das Rheinland verpflichtet habe, die neuen Schiedssprüche anzuerkennen. Im übrigen Deutschland ist die Aussperrung allgemein beendet und es scheint, als siege jetzt selbst auch im Gau Norddeutschland die bessere Einsicht des Unternehmerverbandes, denn man hat hier, wo die eigentlichen Treiber zu der nun für sie so unrühmlich ausgegangenen Aussperrung sitzen, der Gehilfenorganisation mitgeteilt, daß man die Schiedssprüche nun im vollen Umfange anerkenne. Offene Differenzen bestehen jetzt außer im gesamten Rheinland eigentlich nur noch in Hamburg, wo gewisse Maßnahmen des Unternehmerverbandes, mit denen die Unternehmer ihren Rückzug etwas verdecken wollen, einige Schwierigkeiten bereiteten. Den Schaden davon haben die an der Aussperrung beteiligten Unternehmer, die, nachdem durch ihre Organisation die neuen Schiedssprüche nun einmal angenommen werden sind, von deren Erfüllung, so schwer es ihnen auch ankommen mag, nicht mehr befreit werden. Ihre anfänglichen Seitensprünge wegen des eigenmächtig errichteten Unternehmerarbeitsnachweises und der Aufhebung der allgemeinen Lohnerhöhung werden ihnen durch Eingreifen der Zentralinstanzen noch entgolten werden. Und auch die Differenzen, die in vielen Orten wegen der Auslegung der Ziffer 4 des neuen Schiedsspruches entstanden sind, nach der die während der Aussperrung in größerem Umfange durchgesetzten Lohnerhöhungen allgemein durchgeführt werden sollen, werden ihre Erledigung finden. Denn mit dem Ausschlachten des bekannten Schreibens der drei Unparteiischen durch den Unternehmerverband, der dazu nur durch eine einseitige Darstellung des dem Schreiben zugrunde liegenden Tatbestandes gekommen ist, werden sich die Gehilfenorganisationen nicht so leichten Kaufes abfinden. Sie werden den jetzt wegen ihrer allgemeinen Abfuhr auf Rache sinnenden Unternehmern nichts von ihren Errungenschaften preisgeben. Die Entschlossenheit und Ausdauer der Gehilfen und ihrer Organisation während des zwölfwöchigen Kampfes wird den rachedürstenden Scharfmachern eine deutliche Warnung sein. Ist jetzt die Arbeit außer im Rheinland und Hamburg fast ausnahmslos wieder aufgenommen, so wird sicher auch hier bald eine Regelung erfolgen. Es wird dann die Zeit der örtlichen Verhandlungen zur endgültigen Festsetzung der örtlichen Verträge und zur strikten Durchführung der getroffenen Abmachungen folgen und, wie die Gegensätze durch die sinnlose Aussperrung nun einmal verschärft worden sind, noch manche Auseinandersetzung zwischen den beteiligten Faktorne mit sich bringen.

Verzweiflungskampf in der Sonneberger Elendsindustrie. Die Packer und Einbinder in den Sonneberger Spielwaren-Exportgeschäften sind in eine Lohnbewegung eingetreten. In vier Firmen stehen sie im Streik. Die Firmeninhaber lehnen jede Verhandlung mit dem Deutschen Transportarbeiterverbande ab. Die Unternehmer haben sich zu einer Vereinigung zusammengeschlossen und eine Resolution angenommen, wenn die Streikenden in den bestreikten Firmen die Arbeit bis zum 5. Juni früh 6 Uhr nicht aufgenommen haben, sich gegenseitig durch Arbeitskräfte auszuhelfen, oder aber im Falle der Verweigerung von Streikarbeit die sämtlichen Packer und Einbinder auszusperren. Die Erregung und Erbitterung über dieses brutale und provokatorische Auftreten der Spielwarenexporteure ist in der Sonneberger Bevölkerung außerordentlich groß. Bedauerlicherweise kam es Dienstag abend infolgedessen zu einem Zusammenstoß zwischen Publikum und Streikenden, an dem jedoch Mitglieder des Transportarbeiterverbandes nicht beteiligt waren. In der Nacht kam es noch zu einer größeren Menschenansammlung, bei der es zu einem Zusammenstoß mit der Polizei kam. Als nämlich bekannt wurde, daß in einem Exporthause noch zwei Arbeitswillige seien, sammelten sich viele Neugierige an, und da sich auch die Polizei unnötigerweise dort zusammenzog, so wurde dieser Menschenauflauf nur um so größer. Als sich die Menge auf Aufforderung nicht sofort verteilte, drang die Polizei mit blanker Waffe auf sie ein. Säbelhiebe und Rippenstöße hagelte es nur so. Schließlich wurde auch noch die Feuerwehr alarmiert, um die Menge mit einem kalten Strahl auseinanderzutreiben. Bemerkenswerte Verletzungen von Personen kamen nicht vor. Die Unruhen sind lediglich eine Folge des nervösen Auftretens der Polizei und als ein Ausfluß der durch das provokatorische Vorgehen der Spielwarenexporteure verursachten Erregung der Bevölkerung zu betrachten. Die moralische Verantwortung hierfür ist lediglich den Unternehmern zuzuschreiben.

Vor Arbeitsangeboten nach Brüssel wird gewarnt. Der belgische Verband der Arbeiter in der Wagenindustrie meldet, daß in der größten Fabrik in Brüssel seit dem 28. Mai ein Streik ausgebrochen ist und zwar bei D'Jeteren Frères in Ixelles-lez-Bruxelles. Aus sicherer Quelle verlautet, daß die Unternehmerorganisation die Hilfe der Unternehmerverbände im Auslande angerufen hat, um Streikbrecher anzuwerben. — Vor Arbeitsangeboten nach Brüssel sei also dringend gewarnt.

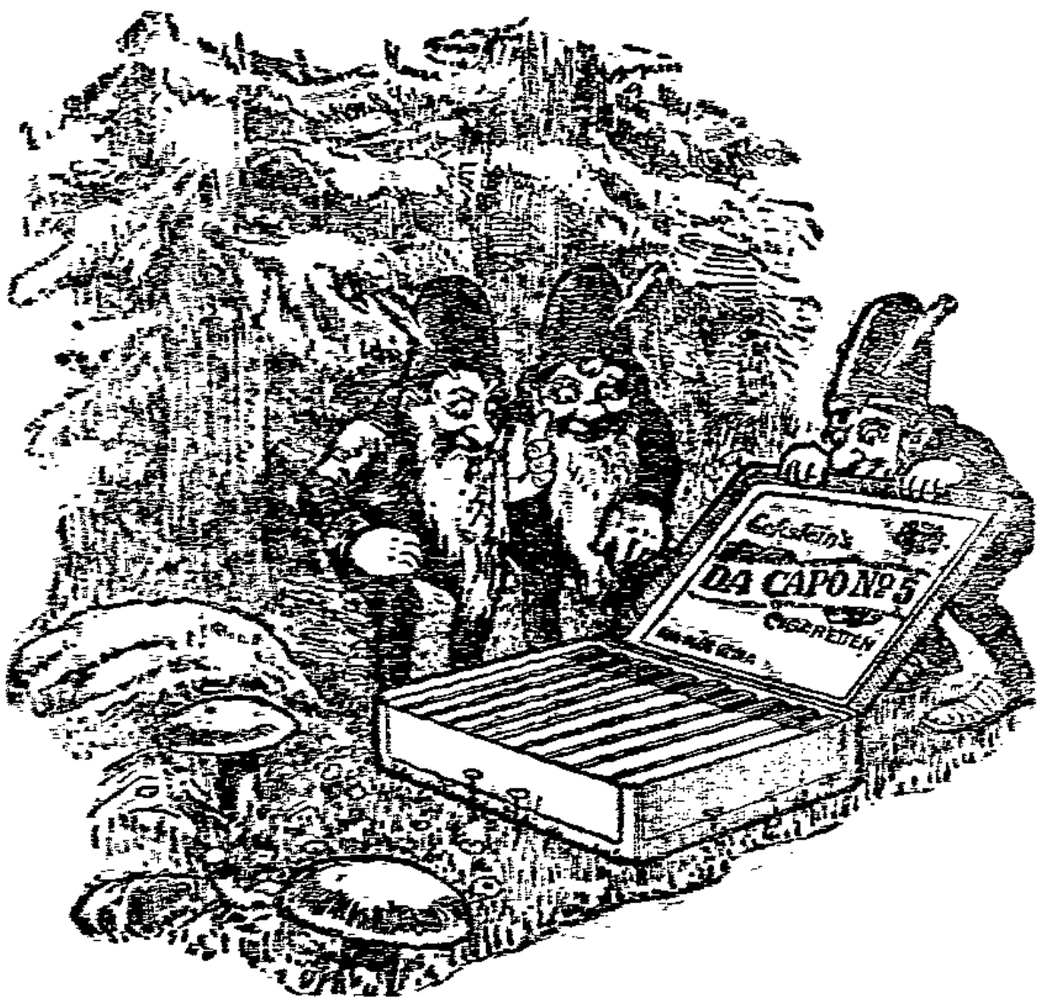
Ein Streik um erhöhten Arbeiterschutz. Aus Angouleme wird telegraphiert: Infolge der letzten Explosion in der Nationalen Pulverfabrik, bei der verschiedene Arbeiter schwer verletzt wurden, haben die Arbeiter dieser Fabrik nunmehr die Arbeit niedergelegt. Die Regierung kann keine neuen Arbeiter auftreiben, die bereit wären, die Stellen der Streikenden einzunehmen. Die letzte Explosion war die 38. seit Februar. Das Syndikat der Arbeiter hielt eine längere Besprechung mit den Sekretären der staatlichen Pulverfabriken ab. Die Arbeiter haben ausdrücklich hervorgehoben, daß, falls man ihren Wünschen nicht ganz entspricht, sämtliche in den staatlichen Pulverfabriken beschäftigten A die Arbeit niederlegen wollen. Eine Hauptforderung der better besteht darin, daß man die Turbine Selvig durch Turbine Thomson ersetzt.

Kunst und Wissenschaft.

Städtebundtheater auf genossenschaftlicher Grundl Der seit langem bestehende Plan der Bühnengenossensch durch Uebernahme von oder Beteiligung an Theatern di ten Einfluß auf die künftige Gestaltung der Theaterverh nisse zu gewinnen, scheint jetzt endlich zur Verwirklich kommen zu wollen. Bekanntlich haben sich in den letzten J ren wiederholt staatliche sowohl wie städtische Behörden die Genossenschaft gewandt, um mit ihrer Hilfe Städteb theater ins Leben zu rufen. Zuletzt war es der Regieru präsident von Oppeln in Oberschlesien, der im Verein mit Magistraten von Ratibor und Oppeln eine derartige Gr dung betrieb. Und nur der Umstand, daß zwei Städte in Nähe der erstgenannten, die unbedingt hätten zutreten müß um das Unternehmen lebensfähig zu gestalten, vertrag noch auf Jahre hinaus an Privatdirektoren gebunden wa verhinderte damals die Begründung eines oberschlesis Städtebundtheaters. Jetzt hat ein aus führenden Persön keiten der Rheinprovinz bestehender Verein, an der Sp der Düsseldorfer Regierungspräsident, beschlossen, ein W dertheater zu gründen. Voraussetzung war, daß die Bühn genossenschaft sich in irgend einer Form daran beteili würde. Bei einer Konferenz, die vor kurzem in Düssel stattfand, an der auch Vertreter der Bühnengenossenschaft t nahmen, hatten diese ihre Bereitwilligkeit bekundet, sich einem Beitrage dem Verein „Rheinisch-Westfälische Verbo bühne" anzuschließen und außerdem einen Garantiefonds Verfügung zu stellen. Zur Bedingung wurde dabei die V pflichtung des Vereins gemacht, daß das für die Bühne an stellende Personal den Bestimmungen der Bühnengenos schaft entsprechend angestellt, behandelt und bezahlt w Diese Bedingung fand in der Versammlung einmüti Zustimmung. Das Unternehmen, das sich im Rh lande schon viele Freunde erworben hat, hat auch in We falen lebhaftes Interesse geweckt. Der Oberbürgermei von Herne und ein Vertreter von Recklinghausen waren der Sitzung anwesend und stellten in Aussicht, sich an die B germeister der westfälischen Städte und an die Regieru präsidenten zu wenden. Letztere sollen gebeten werden, ähnlicher Weise für das Unternehmen zu wirken wie der gierungspräsident von Düsseldorf, der, wie berichtet, in ei Rundschreiben die Landräte und interessierten Oberbürg meister empfehlend auf die Verbandsbühne hingewiesen h Auch will man Vereine, die Bildungsbestrebungen huldig die Lesegesellschaften, die bedeutenden industriellen We usw. für die Sache zu interessieren suchen. 150 Vorstellun sind bis jetzt schon angemeldet. Nach der Erledigung weiteren Vorarbeiten hofft man, in etwa vier Wochen Gründung des Vereins schreiten und mit den Th tervorstellungen im Oktober dieses Jahres beginnen zu k nen. Die Bühnengenossenschaft selber will diese Bestreb gen zur Gründung von künstlerisch hochstehenden Wand bühnen auf genossenschaftlicher Grundlage ihrerseits tatk tig unterstützen. Es wird, wie uns aus dem Bureau der G nossenschaft mitgeteilt wird, dieser Tage an alle maßgeb den Stellen, das Kultusministerium, die Ober- und gierungspräsidenten, sowie an die Magistrate und Stadtv ordnetenversammlungen eine ausführliche Propagandasch versandt werden, in der die ideellen und materiellen V teile derartiger Unternehmungen dargelegt werden. E ausführlicher Organisationsplan vervollständigt die Pro gandaschrift, die einen wirksamen Ausweg aus der gegenw tigen Theatermisere zeigt.

Verantwortlicher Redakteur: Johannes Stelling
Verleger: Th. Schwartz. Druck: Friedr. Meyer & C
Sämtlich in Lübeck.

Ein interessanter Fund!



Eckstein's **DA CAPO**-Cigaretten
von A. M. Eckstein & Söhne, Dresden. (Trustfrei!)
Stück 3 bis 10 Pfg. 2200 Arbeiter. (4369)

Deutsch. Metallarbeiterverban
Verwaltungsstelle Lübeck.

Sommerfest
am Sonntag, dem 8. Juni 1913
in Schwartau — Riesebuschhalle
Abfahrt per Dampfer mit Musik mittags 1½ Uhr ab Drehbrücke, außerdem fährt vom Hüxtertor um 1½ Uhr ein Dampfer, Struckfäh anlegend.
Tour durchs Gehölz von der Endstation des Dampfers nach d Riesebuschhalle, daselbst
Konzert, Herren-, Damen- und Kinderbelustigung.
Abends 8 Uhr: **BALL**
im Lokale des Herrn **O. Evers**, Klein-Mühle
Preis der Karte 30 Pfg. **Dampferfahrt 10 Pfg. a Perso**
4020 **Das Komitee.**
Karten sind bei den Bezirkskassierern und im Bureau erhältlich.

Einladung z. Sommervergnügen der Tischlergehilfe
von Schwartau und Umgegend
am Sonntag, dem 8. Juni 1913, im Lokale des Hrn. Piquard „Hotel Kronprinz".
Abmarsch von der neuen Hafenfähre Schwartau 2½ Uhr, vom „Ho Kronprinz" 3 Uhr, mit Musik nach dem Riesebusch. Daselbst: **Herren Damen- und Kinderbelustigungen.** Abends **BALL** im „Hotel Kronprin
Eintritt 60 Pfg., eine Dame frei. (42
Hierzu ladet alle Lübecker Kollegen höflichst ein **Das Komitee.**

Verband der Gemeinde- und Staatsarbeite
Filiale Lübeck.
Einladung zum
Stiftungs-Fest
mit Ball und Kinderbescherung
am Sonntag, dem 15. Juni 1913
im Gewerkschaftshaus, Johannisstr. 50-52
Anfang 5 Uhr. (4376) **Ende 2 Uhr.**
Eintritt für Herren 50 Pfg., einzelne Dame 20 Pfg., wofür Garderob
Das Komitee.